Den Kampf des vietnamesischen Volkes entschlossen unterstützen! Seite 6

C 21246 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 13 3. Juli 1972 6. Jahrgang 50 Pfennig

MASSEN ENTLASSUNGEN

Keine 'INNERE SICHERHEIT' für die Ausbeuterklasse!

Am 12. Juni marschierten 4000 Proleten, fast die gesamte Belegschaft von Rheinstahl-Hanomag mit roten und schwarzen Fahnen durch die Straßen Hannovers. Sie kämpften gegen die geplante Entlassung von 2000 Kollegen. Die Kampffront der Arbeiterklasse gegen das Kapital und seine SPD-Regierung wächst und erstarkt. Das monopolkapitalistische Regime der BRD befindet sich in einer Periode schwerer politischer und wirtschaftlicher Krisen. Anwachsende Kriminalität, Korruption im Staatsapparat, Affären um gekaufte Bundestagsabgeordnete — alle diese Erscheinungen sind Ausdruck der zunehmenden Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Teile des Volkes haben keine große Geduld mehr mit diesem verrotteten System. Mit Schrecken sieht die Ausbeuterklasse, daß die Volksmassen sich ihrer gewaltigen Kraft bewußt werden, daß sich die revolutionäre Bewegung immer stärker unter den Ausgebeuteten und unterdrückten Massen ausbreitet. Die Bourgeoisie schreit nach "innerer Sicherheit". Ihre Antwort auf das Anschwellen der Kämpfe der Werktätigen heißt: Verschärfung der Unterdrückung, Faschisierung des Staates, Vorbereitung der offenen Notstandsdiktatur.

Ein Schritt zur Notstandsdiktatur

Noch vor den Parlamentsferien sollen in Bonn die 'Ergänzungsgesetze' zur Notstandsverfassung durchgepaukt werden. Alle Parlamentsfraktionen setzen sich voll dafür ein, daß dieser weitere Schritt zur Notstandsdiktatur noch vor den geplanten Neu-

geschlossenen Räumen stattfinden, vorher angemeldet und genehmigt werden. Oder ein anderer Punkt in dieser Gesetzesänderung besteht darin, daß Demonstrationen, an denen Ausländer beteiligt sind, die sich gegen Regierungen anderer Staaten

"Die Talfahrt ist zu Ende, die Durststrecke ist überwunden", — so tönen schon seit Wochen die Schreiberlinge der Bourgeoisie. Aber wo wir auch hinschauen: Die Zeichen stehen auf Sturm! Bis Ende 72 sollen mehr als 15000 Arbeiter und Angestellte bei VW auf die Strasse fliegen. Weitere Entlassungen in den Zuliefererbetrieben stehen bevor, so bei Conti-Gummi in Hannover, bei Phönix in Harburg, bei Rheinstahl in Hannover, beim Kruppkonzern in Bochum. Weitere Entlassungen werden folgen, die Stahl- und Bergbaubosse und die Automobilkönige wollen sich wieder einmal jetzt verstärkt an unseren Knochen gesundstoßen.

Im Bergbau und der Stahlindustrie hat es angefangen. "Notwendige Anpassung der Produktion an den internationalen Wettbewerb" heißt es in der Kapitalistensprache. Für die Arbeiter heißt es: Umsetzungen, Kurzarbeit, Massenentlassungen! Nach der Krise 66/67 leisteten die Herren von Rhein und Ruhr gründliche Arbeit: über 60000 Arbeitsplätze wurden durch Stillegungen und Betriebsschließungen wegrationalisiert, einzig und allein zu dem Zweck, das Profitbarometer hochschießen zu lassen. Während die einen auf die Strasse flogen, mußten die anderen Sonderschichten fahren. Wer seine Gesundheit abgewrackt hatte, flog mit auf die Straße.

Entlassungen bei VW: kein Einzelfall

Nach dem Dschungelgesetz der Kapitalisten-Gesellschaft verfahren auch die Konzernherren bei VW. Jetzt greift nämlich die Krise schlagartig von der Schwerindustrie über auf die Autobranche. Daß es so läuft und nicht anders kann, hat Karl Marx schon vor 120 Jahren festgestellt.

Der Volkswagenkonzern, das Symbol des "deutschen Wirtschaftswunders" kommt ins Schwanken. Das "Wirtschaftswunder" ist schon lange zu Ende. Was jetzt kommt, ist eine tiefe wirtschaftliche Krise, eine Krise die durch kein Gerede von "es-geht-bald-wieder-aufwärts" aufgehalten werden kann. Was mit diesem Gerede der Bosse und auch der Gewerkschaftsbonzen bezweckt wird, ist klar. "Alle müssen jetzt zurückstekken" und mit "alle" sind wir Arbeiter und Angestellte gemeint, sonst niemand. Der Schlachtplan der kapitalistischen Rationalisierungswelle ist ausgetüftelt und läuft schon mit vollen Touren an. Aber auch ein anderer "Schlachtplan" läuft bereits; der Staat der Ausbeuter-Herren weiß wie die wirtschafliche Krise mit der **politischen Krise** Hand in Hand geht. 150000 Mann Polizei, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz, Hubschrauberstaffeln und Dauerhetze in allen bürgerlichen Massenmedien wurden in den letzten Monaten nach einem großangelegten "Schlachtplan" gegen eine Handvoll "Anarchisten" eingesetzt. Sie zu fangen, darauf kam es dabei nicht an. Sinn der Bürgerkriegsübung war in erster Linie, "wertvolle Erfahrungen" für den Fall zu schaffen, daß 10 — 20 — 50000 Arbeiter durch die Straßen ziehen und rufen:

Schluß mit dem Ausbeuterstaat!

Krise bei VW: Krise des westdeuschen Imperialismus

Nicht eine 'verfehlte Modellpolitik' oder die 'falschen Manager' an der Konzernspitze bringen den VW-Koloss zum Schwanken. Entscheidend ist, daß die Märkte überfüllt sind, weil die letzten Jahre in schrankenloser Profitgier auf Teufel komm raus produziert wurde. Entscheidend ist, daß sich die internationalen Monopolgruppen ins Gehege kommen und ein wilder Konkurrenzkampf um Märkte und Einflußgebiete beginnt. Als Anfang der 60-er Jahre Opel für 3 Milliarden das Kadettwerk in Bochum hinstellte, ging es los. Heute hat dieser Ableger des größten amerikanischen Konzerns, General Motors, VW überrundet. In USA jagen die japanischen Automobilgruppen VW Prozent für Prozent ab. Citroen, Renault, Fiat stürmen in den deutschen Markt. Wie wahnsinnig wird daher Million auf Million in Konstruktionsbüros gesteckt, um noch verrücktere Modelle herauszubringen. Um das VW-Blech noch dünner zu machen, um geplante Verschleißfaktoren einzubauen, Hauptsache die Kisten laufen nicht länger als 2 Jahre.

Der Arbeiter, der sie aber baut, zahlt den alten Preis und noch mehr. Er zahlt mit Gesundheit und Leben dafür, daß den Kapitalisten die Sicherheit der Autos keinen Pfifferling wert ist, weil Sicherheitskonstruktionen für sie nur Geld, also den Profit kosten. Dem Kapitalisten ist jeder Totalschaden gerade recht. Das 'kurbelt nur die Nachfrage an'....

Kampf dem Lohnraub und dem Rationalisierungs-Terror!

Jetzt kommen wieder die Töne der Gewerkschaftsbonzen, die wir von der letzten Tarifrunde noch im Ohr haben: "Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage ... fordern wir ... nur..." NICHTS DAMIT! Die Geldsäcke holen ihren Reibach auch in "dieser ernsten Lage" 3-fach raus: bei uns mit der Rationalisierungspeitsche, im Ausland durch die maßlose Aussaugung unserer ausländischen Kollegen. Was früher eine Ko-

Fortsetzung S. 2

wahlen getan werden kann. Mit den sogenannten Reformen des Bundesgrenzschutzgesetzes, des Verfassungsschutzgesetzes, der Ausländergesetze, des Haftrechts und des Strafverfahrensrechts treibt die SPD/FDP Regierung die Faschisierung des Staates immer mehr voran. Zur Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes, das beispielsweise die Beschränkung des Einsatzbereichs für den Bundesgrenzschutz auf eine Zone von 80 Kilometern ins Landesinnere hinein abschafft, erklärte ein hoher ÖTV-Funktionär offen im Fernsehen: **"Dieses Gesetz hat den Zweck, den Bundesgrenzschutz gegen Streiks und Demonstrationen einzusetzen."** richten und damit 'die Beziehungen der BRD zu diesen Staaten stören', verboten werden können. In dem 'Informationsblatt' über die 'Reformen zur inneren Sicherheit', das Anfang März in Millionenauflage vom Innenministerium unter der Bevölkerung verteilt wurde, heißt es wörtlich, daß "radikale Ausländergruppen, die sich die Anwesenheit von Gastarbeitern als Tarnung zunutze machen, wirkungsvoll verfolgt werden müssen."

Der verstärkten Kriminalisierung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften dient der Gesetzentwurf zur "Reform des Strafverfahrensrechts", auch kurz "Be-



Mit Panzerwagen und MP's gegen 'Gewalttäter' (gemeint sind alle die, die revolutionäre Gewalt gegen den Klassenstaat der Bourgoisie anwenden)

Solche offenen Äußerungen im Fernsehen sind natürlich nicht etwa Ausdruck für Meinungsfreiheit und Objektivität der Massenmedien, sondern sie werden ganz gezielt in Szene gesetzt, um die Bevölkerung einzuschüchtern.

Die Verschärfung der Ausländergesetze bedeutet unter anderem die Abschaffung der Versammlungsfreiheit für ausländische Arbeiter und Studenten. Auf Verlangen der Polizei müssen Versammlungen von mehr als 5 Ausländern, auch wenn sie in schleunigungsnovelle" genannt. Diese "Reform" sieht vor, daß die richterliche Ermittlungstätigkeit, auf deren Grundlage entschieden wird, ob gegen eine Person ein Strafverfahren eingeleitet wird oder nicht, abgeschafft bzw. allein der Staatsanwaltschaft überlassen wird. Damit soll es der Klassenjustiz erleichtert werden, ohne daß wirkliche Beweisgrundla gen vorhanden sind, Personen wegen

Fortsetzung S. 2

Massenentlassungen

Fortsetzung von S. 1

lonne von 20 Mann geleistet hatte, müssen heute 10 leisten. Schon seit langem schleichen die Weißkittel, die Zeitnehmer mit Block und Stopuhr durch die Hallen. Schon manchem dieser Kapitalistenknechte ist dabei was auf die Füße gefallen.

Hat ein Arbeiter in der Automatendreherei bisher 1070 Kappen auf einer Maschine gedreht, so muß er jetzt zwei bedienen. 1700 Stück sind das, und kein Pfennig Lohnzulage. In die Gießerei werden hauptsächlich junge Leute reingesteckt. Natürlich sollen sie Lohndrücker spielen und die Solidarität zwischen den Jungen und Alten dadurch untergraben. Wer nicht mehr mithalten kann, fliegt raus. Er zählt dann zu den 'notorischen Bummelanten' und erhält, wie immer öfter jetzt, "Mahnbriefe" ins Haus, wenn er krank feiert.

Älteren Arbeitern, die kurz vor der Rente stehen, wird nahegelegt, zu kündigen. "Freiwillige" Kündigungen heißt das. Aber viele kommen aus Orten bis zu 60 km tief im Land. Wer würde freiwillig jeden Tag 120 km weit anreisen, wenn genügend Arbeit an ihrem Ort zu finden wäre. Oder arbeitet es sich bei VW besonders gut?

Die Automobilbranche ist schon am meisten durchrationalisiert. Trotzdem meinen VW-Manager: "Bei uns ist noch viel drin". Vielleicht meinen sie, bei VW müßte so geschliffen werden, wie im 'modernsten' Autowerk der Welt, das von General Motors in Lordstown, USA, gebaut wurde. Dort ist kein Arbeiter jünger als 23 Jahre. Dort ist keiner älter als 25 Jahre. "Wissenschaftler" haben errechnet, daß das höchste Leistungsalter des Menschen bei 24 liegt. Kein Wunder. Aber als diesen Januar 500 weitere Kollegen in Lordstown entlassen werden sollten, da streikten alle 10000 Arbeiter wie ein Mann. Und das trotz Streikverbot, das in der USA jetzt herrscht. Genauso sind bei Fiat in der Endmontage hunderte beschäftigt, die 'nacharbeiten' müssen. Die Bandarbeiter machen das mörderische Tempo einfach nicht mit und lassen jeden zweiten Wagen ohne Handgriff durchgehen.

Rationalisierung-Terror bei uns — Sklavenhalterei im Ausland

Wenn die VW-Bosse über die schlechte Finanzlage jammern, und die Bonzen wieder mit ihrer "Rücksichtnahme" kommen, muß man sich nur einmal die Gewinnbilanzen der VW-Töchter im Ausland anschauen. Im faschistischen Rassisten-Regime Süd-Afrika, unter den Militärdiktaturen in Brasilien und dem Polizeistaat Mexiko erreichen die Profitspannen von VW 70 - 100 %. Kein Wunder, daß zum "Rationalisierungsprogramm" die weitere Verlagerung der Produktion ins Ausland gehört. Auf Indonesien und den Phi- [illegible] Montagewerk. Jetzt sollen auch welche in Afrika folgen.

Der Lohn eines brasilianischen Arbeiters: 200 DM im Monat. Er arbeitet an veralteten Produktionsanlagen, denn 'diese Analphabeten' — so denken die Konzernbosse — sollen doch froh sein, daß sie überhaupt Arbeit kriegen. Aber wie bei uns und überall machen die brasilianischen Kollegen die verschärfte Ausbeutung nicht mehr mit. Unlängst wurde ein Werk von VW do Brasil von den Arbeitern besetzt. Nicht mehr lange, und die brasilianischen Kollegen

VW-Bonzen — auf den Spuren des Nazi-Reichs

Ist es ein Zufall, daß Leiding, der neue 'General-Major' von VW im faschistischen Brasilien seinen Schliff bekommen hat? Nein, in Wolfsburg, wo nach Meinung der VW-Bosse "einmal hart durchgegriffen werden muß", wo "unnötiger Ballast abgeworfen werden muß" braucht man einen Mann vom Schlage Leidings.

VW hat Tradition in faschistischen Ausbeutermethoden. Im Hitlerreich wurde das Werk von den betrogenen Massen bezahlt, genau wie es nach 45 wieder von den "Volksaktionären" saniert wurde. Russische, englische und polnische Kriegsgefangene mußten während des Krieges 40000 Kübelwagen für die Hitlerwehrmacht bauen.

An der Kriegsproduktion wurde nicht nur damals, sondern wird auch heute gut verdient. Abs und Flick haben ihre Finger (über die Deutsche Bank) im VW-Geschäft. Jetzt, wo die Brandtregierung im Zusammenhang mit ihrer 'Ostpolitik' wie wahnsinnig aufrüsten läßt (über 11 % mehr im Rüstungshaushalt), wird auch VW versuchen, früher oder später in seine 'alte' Branche einzusteigen. Heute schon ist VW im Panzerbau (mit Porsche in Stuttgart) eingestiegen und produziert auch Geländewagen auf der Grundlage des 1500-er Modells.

***

Arbeitshetze — Massenentlassungen — Bürgerkriegsübungen — Kriegsproduktion — das liegt im Kapitalismus immer auf einer Linie. Es gibt da nur einen Ausweg: Den Kampf gegen das imperialistische System aufnehmen! Deutschland wird rot!

Täuschungsmanöver der Supermächte

Neuestes Produkt der verstärkten Kollaboration auf dem Rücken der kleinen Völker und Nationen stellen die kürzlich in Moskau abgeschlossenen Abkommen dar. Das wichtigste der 6 getroffenen Vereinbarungen ist das Abkommen über die Begrenzung der strategischen Waffen (Saltabkommen)

Darin heißt es:

> Die Anzahl der Offensivraketen soll auf ihrem gegenwärtigen Stand 'eingefroren' werden. Doch die Ausnahmen, die gemacht werden, bestätigen nur den großen Bluff: Die Modernisierung der Raketentypen und der Sprengköpfe sind ausgenommen, auch die Anzahl der von Flugzeugen transportierten Atomwaffen. Ferner die in West- und Osteuropa stationierten Atomwaffen. Und schließlich als kleines Trostpflästerchen: die Zahl der mit Raketen bestückten U-Boote wird begrenzt.
>
> 'Begrenzung' der Raketenabwehrsysteme auf je ca. 100 Startrampen. Rings um die Hauptstädte der beiden Supermächte und andere strategisch wichtige Zentren (gemeint sind natürlich die Hochburgen der Kriegsproduktion) wird eine 'begrenzte' Anzahl von 'Abwehrraketen' zugelassen.

Selbst für bürgerliche Fachleute ist das Saltabkommen verdächtig. Ganz offen wird die Unwirksamkeit dieses Vertrages zugegeben.

Oder ein anderes Beispiel: Der **'Vertrag zur Vermeidung von Zwischenfällen auf See'**:

> In diesem Vertrag wird bis in alle Details festgelegt, wie die beiden Supermächte, wenn sie sich in ihrem Kampf um die Weltherrschaft einmal in die 'Quere' kommen, sich aus der Affäre ziehen wollen. Was heißt das denn wirklich?

lippinen, wo es 'natürlich' auch kein Streikrecht gibt, unterhält VW zusammen mit Mercedes bereits ein

werden ihre **eigenen** Autos und ihre **eigenen** Fabriken bauen!

Deutschland wird rot!

***

Einerseits kommt in dem Vertrag klar zum Ausdruck, daß sich die Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft befinden, ja sie haben bereits bewaffnete Konflikte auf See miteingeplant. Mit diesem Zynismus wollen sie die kleinen Staaten der Welt einschüchtern, ihnen die Pistole auf die Brust setzen: hier, ihr müßt unsere Vorherrschaft anerkennen, oder es gibt Krieg. Und andererseits geben die Imperialisten vor, sich an Spielregeln zu halten. Aber welcher Imperialist kann 'zur Vernunft' gebracht werden?

Die Jagd nach mehr Profit, die gewaltsame Ausplünderung und militärische Unterwerfung anderer Länder, Krieg, Hunger und Ruinierung der Menschen, das sind die 'Spielregeln', denen Imperialisten folgen.

Keine "INNERE SICHERHEIT" für die Ausbeuterklasse!

Fortsetzung von S. 1

angeblicher krimineller Delikte vor Gericht zu stellen, wie wir es beispielsweise beim Münchner Kommunistenprozeß in jüngster Zeit wieder erlebt haben.



Polizei erprobt Fabrikbesetzung, im Hamburger Arbeiterviertel Altona

Ferner schafft diese "Reform" eine Grundlage für Schnellgerichtsverfahren, wie sie die Bourgeoisie z.B. für die schnelle und massenhafte Aburteilung von Arbeitern bei verbotenen Streiks ins Auge faßt.
Die Ausweitung der Vorbeugehaft auf alle möglichen Delikte soll unter anderem durch die Verschärfung des Haftrechtes eingeführt werden.

Mit der totalen Zentralisierung der Polizei soll auf dem Weg zum Notstandsstaat ein wichtiger Schritt gemacht werden. Bei der Jagd auf die "RAF" (Baader-Meinhof-Gruppe) wurde diese totale Zentralisierung der Polizei, d.h. direkte Weisungsbefugnis des Bundeskriminalamtes (BKA) gegenüber den Länderpolizeien, bereits praktiziert und zwar ohne gesetzliche Grundlage. Die Westberliner Zeitung "Der Tagesspiegel" vom 9. 6. 72 schreibt in diesem Zusammenhang: "Der eindrucksvollste Erfolg der Polizei kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß er nur mit Hilfe einer im Gesetz nicht vorgesehen Erweiterung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes zustande kommen konnte. Die Fahndung nach den Anarchisten hat eine Rechtslücke enthüllt, die auch nach Ansicht des BKA-Präsidenten Herold jetzt geschlossen werden muß: "Für kriminelle Situationen im Vorfeld des Notstands sollte Vorsorge getroffen werden." **Der Herr Herold hat es also offen ausgesprochen, wie die Bourgeoisie die gegenwärtige Situation des Bonner Staates sieht: "im Vorfeld des Notstands"!**

Revisionisten predigen Kapitulation

In dem oben erwähnten 'Informationsblatt' des Innenministeriums ist eine Statistik abgedruckt, aus der hervorgeht, daß die Finanzaufwendungen des Staates für Polizei und Bundesgrenzschutz mit dem Jahr 1970 sprunghaft angestiegen sind. Aus dieser Statistik geht hervor, daß z.B. der Etat des Bundesgrenzschutzes ab dem Jahr 1970 bis einschließlich 1973 um 250 Millionen Mark erhöht wird, während er in den vorangegangenen vier Jahren von 1966 bis einschließlich 1969 nur um ca. 2 Millionen Mark gestiegen ist. Das Jahr 1969 ist kein gewöhnliches Jahr in der Entwicklung der Klassenkämpfe in Westdeutschland: Im Herbst 69 brach der große spontane Streik von über 100000 Arbeitern aus, wobei erstmals seit langer Zeit die Gewerkschaftsbonzen völlig das Heft aus der Hand verloren. Das war damals ein mächtiger Donnerschlag. Der Bourgeoisie fuhr ein gewaltiger Schrecken in die Knochen und seitdem haben die Kämpfe der werktätigen Massen ständig zugenommen:

Im Herbst 1970 Streiks der Metallarbeiter; im Frühsommer 1971 Streiks von 300000 Chemiearbeitern; am Ende des vergangenen Jahres der vierwöchige Streik von 150000 Metallern, der längste große Streik seit 10 Jahren! Ist es vielleicht ein Zufall, daß gerade seit jenem Herbst 1969 die Finanzaufwendungen für den Bundesgrenzschutz und den gesamten Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie so sprunghaft erhöht wurden? Ist es vielleicht Zufall, daß seither fieberhaft die 'Ergänzungsgesetze' für die Notstandsverfassung vorbereitet werden, daß die Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen vorangetrieben wurde, daß immer häufiger Notstandsübungen und Polizeiterror auf der Tagesordnung stehen?

Es liegt auf der Hand, daß diese Faschisierungsmaßnahmen die Antwort der Bourgeoisie auf den mächtigen Aufschwung der Arbeiterbewegung sind. Das hindert jedoch die D"K"P/SEW-Führer nicht daran, die Sache so hinzustellen, als würde die Notstandspraxis des Ausbeuterstaates durch kleine Terrorgruppen wie die "RAF" provoziert. So schreiben sie in der "UZ" Nr. 23 vom 2. Juni: "Sie (die Bombenleger, d.Red.) provozieren die Notstandspraxis und geben willkommenen Anlaß, die Kommunistenhetze gegen alle demokratischen

Fortsetzung S. 8



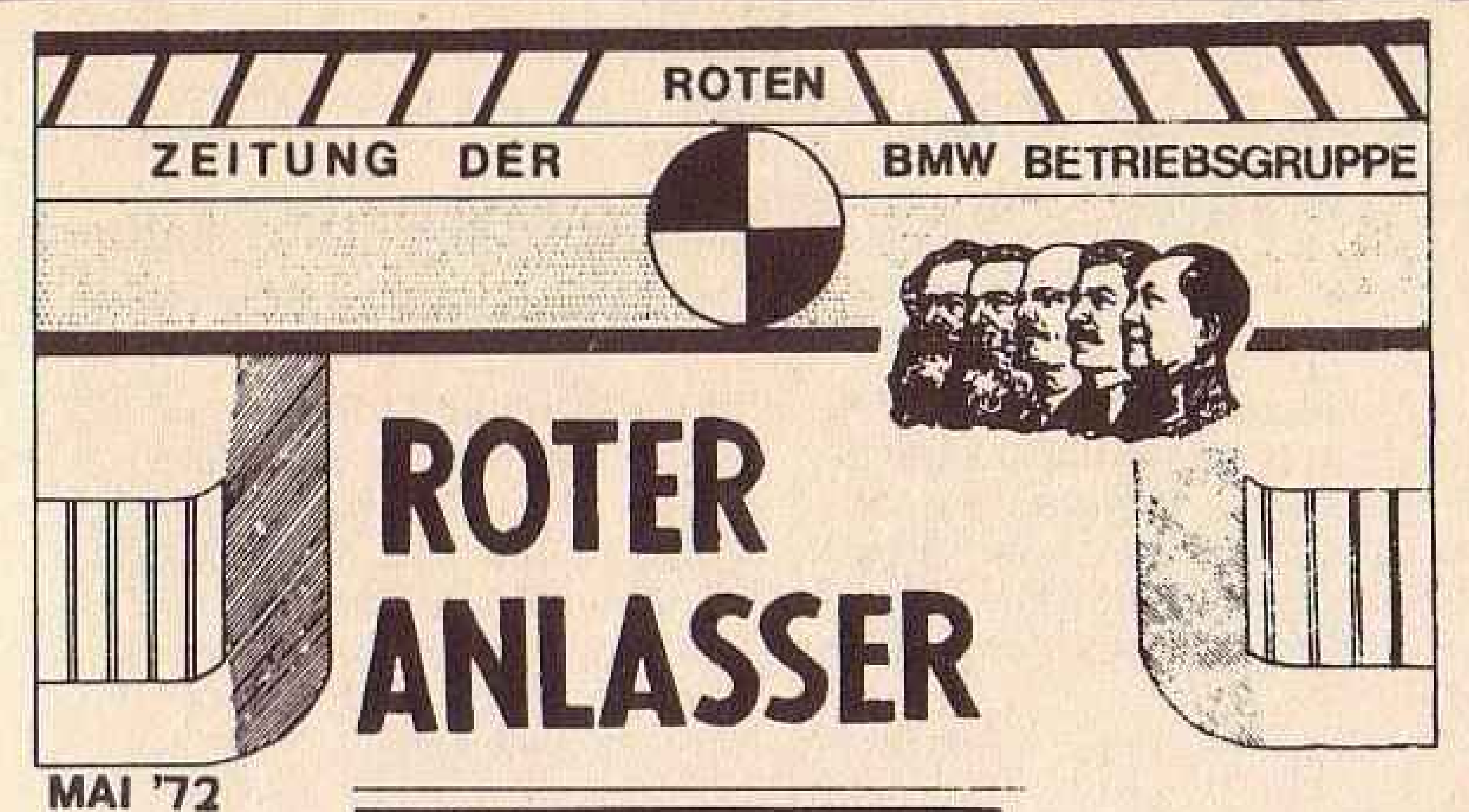
Zentralorgan der
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612; Postscheckkonto: Hamburg, Nr. 26 27 67. Erscheinungsweise vierzehntägig montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland 11.-- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschl. Porto, Ausland 11.-- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



München

BETRIEBSRATSWAHLEN

Der neue Betriebsratsvorsitzende heißt halt wieder Kurt Golda, geb. 22.9.1925, Schlosser!! seines Zeichens. Sein Stellvertreter ist Erhard Klausnitzer.

Wie sie mit unseren gewerkschaftlichen Rechten umspringen, das sieht man daran, daß wir innerhalb der langen Reihe der IGM-Betriebsräte keine Auswahl treffen konnten.



Mit dem Kreuzchen für den IGM-Block aber haben die Kollegen den "Gewerkschafter" und "Arbeiter-

Und die BMW-Kapitalisten haben nur ihren Profit im Sinn, nicht die

Westberlin



Kollegen schreiben für Kollegen

Sickingenstrasse

Alle Kollegen merken bei uns, daß sich die Auftragslage verschlechtert hat. Überall wird nur mit halber Kraft gearbeitet und die Meister gaben sich nicht einmal große Mühe, wie sonst die Arbeit anzutreiben. Das heißt mehr oder weniger, die Meister wissen über die Lage genau Bescheid. Auf der üblichen Meisterversammlung werden sie das mit der Geschäftsleitung besprochen haben. Wie lange es in den Abteilungen noch so ruhig weitergehen soll ist ungewiß.

Im Kleinstgerätebau ist die Lage genauso flau wie im Werkzeugbau, Schlosserei und den anliegenden Abteilungen. Man versprach zwar immer auf den Betriebsversammlungen sich für Aufträge einzusetzen, aber was das bei Kapitalisten schon heissen kann, merken wir immer wieder! Nachdem angeblich eine neue Erfindung den Kleinstgerätebau wie sie immer sagen "positiv" beeinflussen soll, hat sich nun in Wirklichkeit herausgestellt, daß wahrscheinlich wegen des nur noch halb so großen Formats auch fast nur noch halb so viel Kollegen an den Geräten arbeiten brauchen!

Halbes Format heißt:

Es wird weniger Material bearbeitet. Man braucht nicht mehr so viel Teile. Es kann stärker mechanisiert und rationalisiert werden.
Kollegen brauchen nur noch die Hälfte der sonst üblichen Arbeitszeit. Und der Kapitalist steckt für die Hälfte an Kosten den doppelten Profit ein.

Kollegen, was sie uns nicht sagen, ist, daß dann wieder zu den sogenannten "vernünftigen Entlassungen gegriffen" werden muß.

sich die Kapitalisten. Kollegen, wir dürfen den Kapitalisten nicht auf den Leim gehen, nur die Solidarität unter uns macht uns auch stark. Nur so können wir Einigkeit erreichen wenn wir uns gegen die Kapitalisten und deren Abwiegler aus dem Betriebsrat zur Wehr setzen wollen.

Kollegen, sagen wir zu jeder Entlassung nein! Bei jeder Entlassung müssen wir protestieren. Keine Selbstkündigungen! Kollegen, denn so verschaffen wir den Kapitalisten das beste Alibi zu behaupten wie in der RÖHRE:
Wir lösen auf, weil die meisten Kollegen ja gegangen sind. Die Kollegen haben kein Interesse.

Die Bosse und Bonzen wollen nur eins, uns vom Kampf abhalten. Wie? Indem wir uns privat zurückziehen, kündigen, die Kollegen allein lassen und hoffen sollen, daß es uns im nächsten Betrieb nicht genau so ergeht. Aber Kollegen, ist es etwa bei Siemens, Borsig oder Mannesman anders?

Selbst im Großsenderbau wissen viele Kollegen, daß die Bosse in Ulm ein neues Werk aufgebaut haben. Wenn in Berlin der Schuh drückt, zischen sie ab und wir sitzen auf der Straße.

Das ganze heißt sonst immer:

Der Unternehmer trägt die Verantwortung.

Verantwortlich handeln heißt für die AEG-Bosse doch nichts anderes, als den Profit in Sicherheit bringen.

Kollegen. Die KPD/ML unterstützt Euch im Kampf gegen die zu erwartenden Maßnahmen der

"Gewerkschafter" und "Arbeiter-vertreter" Golda gewählt. Abgesehen davon, daß es sich bei den Betriebsräten auch nicht um lauter Gewerkschafter im richtigen Sinne handelt.

Ja, Kollegen, mit dem DGB und mit dem famosen "Gewerkschafter" Golda ist für uns nichts drin. **Das sind Statthalter der Bosse.**

Den Kollegen ist längst klar, daß Golda nicht unser Betriebsratsvorsitzender ist, sonder ein Vize und Hausl von Quandt und v.Kuenheim. In jeder Betriebsversammlung macht er sich für das "weiß-blaue Zeichen" von BMW stark. Damit ist der "Ertrag" und Profit gemeint, den wir für den BMW-Konzern abwerfen müssen. Für die Dividenden der Aktionäre, für das schwungvolle high-life der BMW-Herren in Bad Ischl, für den protzigen Turm (Kostenpunkt 110 Millionen) und anderes mehr. Für Luftabsauganlagen z.B., dafür setzt er sich nicht ein, im Gegenteil. Denkt an die vorletzte Betriebsversammlung, wo die Forderungen vieler Kollegen von ihm untergebügelt wurden. **Wo er seinen Servus auf die Entlassungsschreiben an die Kollegen setzte,** die für ihre Reden und Spruchbänder gefeuert wurden. Eine Unterschriftensammlung für eine Entlüftungsanlage in der Nachlackiererei wurde verboten, **für die Sonderschichten aber, dafür gibt er die Zustimmung.** Aber damit leistet er ja auch dem "weiß-blauen Zeichen" seiner Seniorpartner Quandt und v. Kuenheim einen Liebesdienst.

Warum also wurde er trotzdem gewählt? Es gab außer der IGM-Einheitsliste den Wahlvorschlag eines türkischen Kollegen und eine Angestelltenliste.



"Verantwortung" für die Belegschaft "und ihre Familien". Das sind scheinheilige Phrasen, womit die uns in der Betriebsversammlung einseifen wollen. Ihr wißt ja alle, Kollegen, daß wir nur als Arbeitskraft interessant sind. Wer nicht mehr mitkommt, der "wird gegangen". Dann sind wir keine "lieben Mitarbeiter" mehr! Kollegen, trotzdem ist eine gewerkschaftliche Organisierung richtig und notwendig für uns. Aber natürlich dürfen wir unser Vertrauen nicht auf den DGB und auf Golda setzen!

Das andere Extrem ist, daß die Gruppe "Arbeitersache" meint, jeder Arbeiter ist selbst sein eigener Arbeitervertreter. Mit vollem Recht lehnt sie die DGB-Bürokraten ab. Sie schüttet aber das Kind mit dem Bade aus, wenn sie deshalb die gewerkschaftliche Idee überhaupt fallen läßt. Richtig ist dagegen, wenn wir zusammen mit den Vertrauensleuten und auch Betriebsräten, die wirklich für die Arbeiterinteressen eintreten, aber auch mit Nicht-organisierten und ausgeschlossenen Kollegen, eine gewerkschaftliche Gruppe bilden, die in Opposition zu solchen Leuten wie Golda und überhaupt zum ganzen DGB-apparat steht.



WAHLLISTE:
GOLDA:
SCHLOSSER

Daß wir die Kosten der Rationalisierung und kapitalistischen Konkurrenz tragen sollen!

Mit den vielen Versprechungen wollen sie uns nur ruhig halten. In der Abteilung nutzen dann die Meister und Kapitalistenknechte die Angst der Kollegen vor dem Arbeitsplatzverlust reiflich aus. Mißtrauen, Unsicherheit und Kampf um den besten Arbeitsplatz, damit man nicht als erster entlassen wird. **Das wünschen Kapitalisten.**

FORDERN WIR EINE BETRIEBSVERSAMMLUNG, UM VON DER GESCHÄFTSLEITUNG UND DEN BETRIEBSRÄTEN AUFKLÄRUNG ÜBER DIE SICHERHEIT UNSERER ARBEITSPLÄTZE ZU FORDERN.

KEINE ENTLASSUNGEN!

Abschied von einer heilen Welt

Werkzeitschriften werden kritischer und politisch aktiver

Von unserem Korrespondenten

E. K. **Frankfurt a. M.,** 4. Juni

Die radikale politische Agitation, mit der sich seit einiger Zeit eine Reihe von Unternehmen, vor allem Großunternehmen, konfrontiert sieht, muß sich auf lange Sicht auch auf Aufgabe und Inhalt der Werkzeitschriften auswirken. Man hat in diesem Bereich der Publizistik jetzt erkannt, daß die Werkzeitschriften auf radikale Störversuche pragmatisch, flexibel und im Rahmen des innerbetrieblichen Informationswesens reagieren müssen, ohne daß sie dabei ihre durch das Gesetz auferlegte parteipolitische Neutralität verletzen.

Die Werkredaktionen, erklärte der Diskussionskreis „Information gegen Agitation — Wie begegnet die Werkzeitschrift den Angriffen auf unsere soziale Ordnung" auf dem siebten Bundestreffen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Werkredakteure in Braunschweig, könnten weder mit absoluter politischer Abstinenz noch mit Politisierung bestehen.

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Diskussionskreises zählen die Aufstellung eines Kataloges von Unruheherden, die nach den bisherigen Erfahrungen den Radikalismus im Betrieb begünstigen, und die Forderung auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Unruheherde soll der Werkredakteur — aber auch das für die Werkzeitschrift zuständige Mitglied des Vorstandes oder der Geschäftsführung muß man hier wohl aus allgemeiner unternehmenspolitischer Sicht ergänzen — ständig beobachten.

Nach Ansicht des Diskussionskreises sind folgende Konstellation und Probleme mit Vorrang zu nennen: Unternehmen in Krisensituationen und in Arbeitskonflikten, Führungsfehler auf sozialem, wirtschaftlichem und organisatorischem Gebiet, Unternehmen mit einer auf engem Raum konzentrierten Großbelegschaft und Unternehmen mit hohem und ungenügend integriertem Ausländeranteil. Dazu tritt ein Faktor, der nach Auffassung von Fachleuten wohl bedauerlicherweise für zahlreiche in der Bundesrepublik erscheinende Werkzeitschriften noch einen Idealzustand darstellt: rechtzeitige, offene und umfassende Unterrichtung über die Unternehmenssituation und ihre überschaubaren Entwicklungen.

Für die Auseinandersetzung mit der radikalen Agitation stellt der Diskussionskreis die Maxime auf, daß die Werkzeitschrift sich nicht von der Agitation provozieren lassen darf und auch einer ideologischen Verkrampfung fernbleiben muß. Ihre optimale Wirkung liege in einer vielstimmigen und nicht einseitigen Unterrichtung über das Wirtschaftsgeschehen.

Aus 'Die Welt'

Kommentar: 'Wenn der Feind uns bekämpft, so ist das gut und nicht schlecht.'

MAO TSETUNG

Kapitalistisches

Profit geht über Leichen

Der im vorigen Jahr von der Ruhrkohle AG verabschiedete Rationalisierungsplan sieht vor, daß bis 1975 über 25000 Kumpels ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Doch nach geheimgehaltenen Gutachten sollen 1975 nur noch 40000 Unter-Tagbeschäftigte in 7 Verbundzechen übrigbleiben. Heute gibt es noch 100000 Unter-Tagekumpels. Einen Vorgeschmack auf diese Rationalisierungswelle bekommen die Kumpels bereits zur spüren: Steigerung der Arbeitsleistung eines Kumpels pro Schicht von 4 auf 8 Tonnen Kohle. Gleichzeitig wurden alle Überschichten gestrichen. Im Durchschnitt 10% weniger Lohn. Sofortiger Einstellungsstop für deutsche Kollegen, wobei aber ausländische Arbeiter wiederum angeworben werden. Durch die Heraufsetzung der Tonnen Leistung pro Mann und Schicht werden nicht nur Gesundheit der Kollegen ruiniert, so daß Bergleute über 40 bereits zum 'alten Eisen' geworfen werden und rausfliegen. So haben jetzt 350 krankfeiernde Kollegen auf der Ruhrkohle Zeche Carl Funke und Pörtingsiepen in Essen 'blaue Briefe' erhalten. Dieses Schreiben, — so heißt es in dem Drohbrief — "sei als ernste Ermahnung anzusehen, da wir sonst in der Zukunft leider auf ihre Mitarbeit verzichten müssen".

Auf der Zeche "Ewald 1/2/3" in Herten wurden 10 Kumpel verschüttet. 7 fanden den Tod. Grund: Um ihre Abbauleistungen noch mehr zu erhöhen, betrieb die Zeche riskante Abbaumethoden in Kohlenflözen, die besonders gefährlich waren. Es wurden

DIE HAUPTTENDENZ IN D

Überall: Tribunale gegen den Imperialismus!

Der Delegierte des US-Imperialismus auf der stockholmer Umweltkonferenz meinte kleinlaut, die chinesischen Vertreter würden eine "unpassende Aufladung" der Konferenz mit politischen und ideologischen Fragen betreiben. Allerdings verurteilte die Volksrepublik China unerbittlich die Aggression, den zügellosen Bombenterror und die "Politik der verbrannten Erde" der amerikanischen Menschenschlächter. Allerdings wagte der Delegierte des USA-Imperialismus auf der Umweltkonferenz keine großen Töne. Zu ihrer großangekündigten 'Deklaration über die menschliche Umwelt', die der 'Repräsentant eines großen Landes' sich als Schleier umlegen wollte, kam es nicht. Ein afrikanisches Land nach dem anderen, schließlich auch kleinere Länder, forderten Änderungsanträge. Zu den 23 Artikeln über 46 Stück.

Da hieß es: Nicht wir, — die Supermächte sollen den Schaden bezahlen den sie mit ihrer Welteroberungs- und Ausplünderungspolitik verursachen. Chinas revolutionärer Delegierter formulierte ihre Auffassungen klar, als er sagte, daß die Umweltverschmutzung das "Ergebnis der imperialistischen, kolonialistischen und neo-kolonialistischen Politik der Großmächte" ist.

Sofort versuchten die Imperialisten ihre schöntönende "Deklaration" in eine bescheidene "Stockholmer Erklärung" umzutaufen.

Aber die imperialistischen Räuber, die sich anmaßen, nicht nur in ihren eigenen, sondern auch in fremden Ländern rücksichtslos die Umwelt der Völker, der Werktätigen und ihrer Kinder zu zerstören, — diese Räuber waren entlarvt. Die Stockholmer Umweltkonferenz war ein weiteres Tribunal der Anklage gegen den Imperialismus!

"Die mittleren und kleinen Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika und ihre Völker, die seit langem der imperialistischen Aggression, Unterdrückung, Kontrolle und Plünderung ausgesetzt sind, wollen nicht länger die imperialistische Willkürherrschaft dulden. Sie sind entschlossen Herr ihres eignen Landes zu werden."

(Peking Rundschau, 5/72)

Überall: Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus

Bis Anfang der fünfziger Jahre mußten die kleineren Nationen oft noch einzeln gegen ihre Unterdrücker losschlagen. Aber sie hatten einen großen Beschützer: die sozialistische Sowjetunion unter Stalin. Seit aber die Chruschtschow-Revisionisten die Arbeitermacht in der SU zerschlugen, verloren die Völker diesen Schutz und Unterstützung. Die Chruschtschow-Revisionisten waren es, die die mehr als 600000 ermordeten indonesischen Kommunisten, Arbeiter und Bauern auf dem Gewissen haben, die 1966 von den Faschisten abgeschlachtet wurden. Die Chruschtschowrevisionisten waren es, die dem indonesischen Volk geraten hatten, die Waffen aus den Händen zu legen und auf die "friedliche Koexistenzpolitik" der neuen Kremlzaren mit den US-Imperialisten zu vertrauen. Und als Chrustschow mit dem US-Häuptling Kennedy auf Perserteppichen Tennis spielte, da wurden bei ihrer "friedlichen Koexistenzpolitik" die Völker verraten und verkauft. Chruschtschow lobte Kennedy als "realistischen und friedliebenden Politiker" und versuchte den Völkern einzureden, der Imperialismus sei friedlich geworden, man solle nur die Sowjetunion mit ihm den "Frieden aushandeln" lassen.

Aber es war der gleiche Kennedy, der 1964 Schiffe mit US-Killern in Vietnam landen ließ. Es war der gleichgebliebene USA-Imperialismus, der unter dem Kommando von Kennedy versuchte, das befreite kubanische Volk im 'Schweinebucht'-Abenteuer überfallen zu lassen. Der "neue Partner" der Kremlzaren war es, der die Regierungen Lateinamerikas zwang, seine Hungerblockade gegen Kuba mitzumachen und schließlich sogar versuchte, 1962 den kubanischen Freiheitskampf mit Atomkriegsdrohungen zu unterdrücken. **Die Chruschtschow-Revisionisten haben ihren Partner in der Weltarena endgültig anerkannt und sich mit ihm 'arrangiert'. Aber nicht die Völker!**

Überall: Nieder mit den Supermächten!

Überall:

nicht die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Wenn etwas den Kapitalisten keinen Profit einbringt: wie Treffen von Sicherheitsvorkehrungen und Verhinderung der Umweltvergiftung, vorbeugende ärztliche Untersuchungen usw., dann gehen sie rücksichtslos über Leichen.

Neue Art des 'Bauerlegens'

In der Wesermarsch zwischen Nordenhamm und Bremerhaven lauert der Bleitod auf den Wiesen. Über 1200 Kühe sind vom Bleitod bedroht, hervorgerufen durch die ausströmenden Bleiabgase des Preussag-Konzerns. 17 Bauern mußten bereits 'ins Gras beißen' und ihre Höfe aufgeben. Jahrelang konnten die in diesem Raum angesiedelten Großkonzerne ihre giftigen Abgase verbreiten. Ja, sie wurden sogar noch gedeckt. Die Führung des Bauernverbandes gebot Schweigen, weil sie um den Absatz der Produkte fürchtete. Kommentar eines ruinierten Bauern: "Ich habe jetzt nichts zu verkaufen im Herbst. Jetzt sitzt nichts mehr drauf, weil die Kühe jeden Tag die Scheiße von Preussag fressen."

Die Gemeinde- und Städteparlamente sind zum Kampfschauplatz der verschiedenen miteinander konkurrierenden Konzerne geworden. Sie verlangen von den Gemeinden bei Industrieneuansiedlungen riesige finanzielle Vorleistungen wie Erschließen des Geländes, Steuererleichterungen auf Jahre hinaus usw. Woher das Geld nehmen? Natürlich aus den Taschen der Werktätigen.

In unserem Fall machten die Ratsherren der Stadt Nordenham den Vorschlag, durch Erhöhungen der Gemeindesteuern, durch Mieterhöhungen und höhere Gebühren für die Benutzung kommunaler Einrichtungen die Ansiedlung eines kanadischen Asbest-Werkes zu finanzieren.

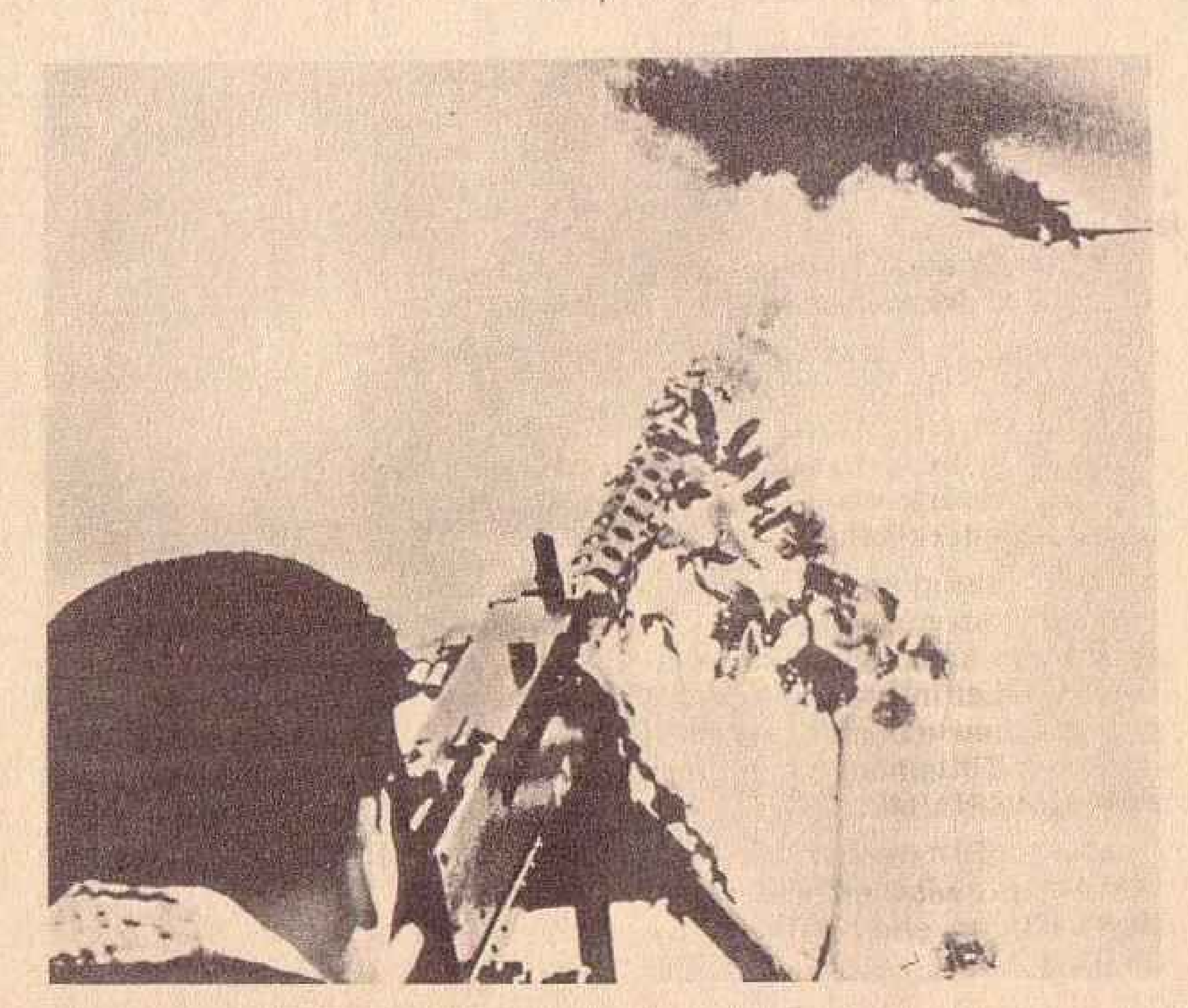
Überall:
Der USA-Imperialismus in die Enge getrieben

Nach 45 glaubte der USA-Imperialismus der 'lachende Dritte' zu sein. Seine imperialistischen Konkurrenten Deutschland, Japan, England lagen am Boden. Die damals noch sozialistische Sowjetunion hatte die Hauptlast des Krieges gegen die faschistischen Aggressoren getragen und war stark geschwächt. Wie ein gieriger Polyp umschlangen US-Dollars und US-Bajonette schon nach kurzer Zeit viele Länder, — der USA-Imperialismus sah seine Weltherrschaft schon nahe.

Aber da siegte die chinesische Revolution im Jahre 1949 gegen die imperialistischen Eindringlinge und ihre Marionetten. 400 Millionen Arbeiter und Bauern wurden frei und ergriffen die Macht.

Seither ging es weiter, Schlag um Schlag. Aufstände in Persien 1952, der Befreiungskampf des koreanischen Volkes im Volkskrieg von 1951 - 1954. Ägypten besiegt den britischen Imperialismus 1956, das Kubanische Volk verjagt die Yankees 1959.....

Und von Anfang an, seit über 30 Jahren kämpft ununterbrochen das heldenmütige vietnamesische Volk für seine Befreiung, errang es Sieg um Sieg gegen den Imperialismus und seine Marionetten, und hat schließlich den Militärkoloss USA zum völligen Zusammenbruch gebracht.



"Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln." (Mao-tse-tung)

Vor der Haustür des Yankee-Imperialismus gehorcht heute kaum noch ein Land dem alten Herren.

Eine Regierung nach der andern wandte sich gegen die Blokkadeforderung Washingtons gegen Kuba.

Im November 1971 wurde auf der Außenministerkonferenz von mehr als zehn karibischen Ländern in Venezuela das Prinzip proklamiert, daß das Karibische Meer das gemeinsame Eigentum der Karibischen Länder ist. Keine amerikanisch-russischen Flottenaufmärsche mehr zur Einschüchterung der Völker!

Im April diesen Jahres schlossen sich die palästinensischen Befreiungsorganisationen eng zusammen und kämpfen jetzt in der PLO unter einheitlichem Kommando gegen das Komplott der beiden Supermächte im Nahen Osten. Der "Waffenstillstand", den die US-SU-Imperialisten über Nah-Ost gelegt haben, um die israelischen Eroberer zu schützen und gleichzeitig ihre Einflußsphären aufrechtzuerhalten, wird das palästinensische Volk bald zerschlagen und siegreich in seine besetzte Heimat zurückkehren.

Vor wenigen Wochen haben sich die erdölproduzierenden Länder des Orients zusammengeschlossen, um der imperialistischen Ausplünderung Einhalt zu gebieten.

In den Ländern des Indischen Ozeans wächst der Volkskampf gegen die Kanonenbootpolitik der Supermächte. Ceylon, Pakistan und andere Länder protestieren gegen die Politik der Aufteilung und Rivalisierung der Supermächte auch in diesem Gebiet der Welt.

Am 7. Dezember 1971 stimmte die überwältigende Mehrheit der UNO-Mitglieder — fast geschlossen alle kleinen und mittleren Länder — für den Rückzug der indischen Aggressionstruppen aus Pakistan, die dort mit sowjetischen Waffen ihren Marionettenstaat "Bangla Desh" schaffen wollten. Das war ein Schlag gegen den Sozialimperialismus. Vor aller Welt isoliert und gebrandmarkt stand er da.

Eine entscheidende Kraft in der heutigen Welt:

Die Einheitsfront der Völker gegen die Supermächte!

In den 60-iger Jahren entwickelte sich also auf der ganzen Welt eine Einheitsfront der kleineren und mittleren Nationen gegen die Absichten der beiden Supermächte, die Welt unter sich aufzuteilen, sich auf Kosten der Völker zu arrangieren und sich gleichzeitig die Weltherrschaft streitig zu machen.

Heute, in den 70-iger Jahren haben die Supermächte schon längst nicht mehr das Heft in der Hand. Überall zeigt sich, auf allen Konferenzen, Zusammenschlüssen, in verschiedenen internationalen Organisationen: die kleinen und mittleren Nationen, die vom Imperialismus unterjocht und bedroht sind, treten immer geschlossener auf. Damit ist eine entscheidende Kraft in der Welt entstanden, und alle Marxisten-Leninisten müssen erkennen, daß diese gesetzmäßig weiter erstarken wird und die Vormacht der Supermächte immer mehr schwächen wird.

WELT IST REVOLUTION!

"Seit Anfang der siebziger Jahre macht sich eine wichtige Tendenz in den internationalen Beziehungen bemerkbar: Eine wachsende Zahl von mittleren und kleineren Ländern einigen sich in verschiedener Weise und bilden eine breite Einheitsfront, treten gegen die Hegemonieansprüche und die Machtpolitik der Supermächte auf, verteidigen ihre nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität, kämpfen für ihre Gleichberechtigung in internationalen Beziehungen. Dies ist ein hervorragendes Merkmal der jetzt so ausgezeichneten Situation, von der es mit Recht heißt: "Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."
(Peking Rundschau 5,72)



'Kein US-Kriegsmaterial nach Vietnam!' fordern hier japanische Hafenarbeiter.

Die deutsche Arbeiterklasse ist eingereiht

In Vietnam schlägt der US-Imperialismus verzweifelt um sich; noch im Untergang richtet er maßlose Leiden und Verwüstun-

denbeträge für die Kugelbomben gegen das vietnamesische Volk!

Der BRD-Imperialismus ist selbst

Völker einschlagen zu können? Soll die deutsche Arbeiterklasse die Eroberungspolitik der Profitsäcke Siemens, Krupp und Flick mit Massenentlassung, Rationalisierung und Lohnraub bezahlen? Sollen wir die Großmachtpläne Bonns mit Streikverbot, Notstandsgesetzen und Kriegsvorbereitungen bezahlen?

Die antiimperialistische Bewegung in Deutschland wird auch den eigenen Herren im Lande unnachgiebig den Kampf ansagen!

Das weiß die Bourgeoisie. Sie schickt ihre ergebenen Lakaien, die DKP- und SEW-Revisionisten vor. Mit ihren heuchlerischen Reden sollen sie versuchen, sich an die Spitze der antiimperialistischen Bewegung zu setzen, und ihr mit pazifistischen und abwieglerischen Parolen die Spitze abzubrechen.

Wir Kommunisten müssen unermüdlich und überall dafür kämpfen, daß diese Machenschaften entlarvt werden, daß die breite Einheitsfront im antiimperialistischen Kampf, im Kampf zur Unterstützung des vietnamesischen Volkskrieges, nicht zerschlagen wird.

Die Kollegen im Betrieb, die Werktätigen und Jugendlichen in Deutschland, ja die Völker der ganzen Welt fragen sich: Was haben Nixon und Breshnew in Moskau ausgeheckt, um sich gegenseitig aus ihrer "Klemme" in Indochina und Vietnam herauszuhelfen, um ihre Interessen in der Welt abzustecken. Niemals kann deshalb geduldet werden, daß die Handlanger der Pseudokommunisten in Moskau davon ablenken wollen, daß der Verrat am Befreiungskampf der Völker von Breshnew und Co nicht erst seit heute, sondern schon lange beschlossen ist.

Anzeichen sind genügend da: Die Kremlzaren erkennen schon seit Jahren die amerikanischen Marionetten-Regierung des Faschisten Lon-Nol in Kambodscha an. In keiner sowjetischen Zeitung stand etwas von der Ermordung eines sowjetischen Matrosen, bei der Verminungsaktion der US-Verbrecher. Offen geben bereits amerikanische Regierungssprecher zu, daß man sich vorher mit Moskau verständigte. Die "Abrüstungsgespräche" der Supermächte brachten angeblich durch das "Salt-Abkommen" einen großen Sieg für den "Frieden". Großspurig ließ Nixon den Bau einer kostspieligen Raketenabschußrampe in den USA stoppen. Ein paar Tage später wurde bekannt, wozu solche "Friedensabkommen" gut sind: Die Nixon-Regierung beschloß die Waffenlieferungen an ihre südvietnamesischen Marionetten zu verstärken.

Der Verrat ist bereits beschlossen!

Auch das sowjetische Volk läßt sich da nichts von seinen Herren im Kreml vormachen. Seit Nixon

wäre diese Exposition grundsätzlich falsch". **Allerdings, für die Kremlzaren gibt es nur eine**

Revisionistisches

Komplott gegen die Völker

Die Kuwaiter Zeitung 'al raj al am' verurteilt in einer ihrer Artikel die doppelzünglerische Rolle der SU, 'die sich auf der einen Seite als Freund der Araber ausgibt, aber auf der anderen Seite mit ihren Feinden, dem israelischen Regime, zusammenarbeitet. Die arabischen Völker müßten das Treiben der SU, die hinter ihrem Rücken mit Israel geheime Absprachen trifft, wachsam beobachten.'

Diese doppelzünglerische Haltung der SU ist kein Einzelfall. Erst kürzlich besuchte eine sowjetisch-israelische Freundschaftsgesellschaft Israel, um den Weg zu offiziellen Kontakten zu ebnen. Kaum waren die Gespräche zwischen Nixon u. Breschniew in Moskau beendet, äußerte sich ein Sprecher Israels sehr zufrieden "über die Übereinkunft der Supermächte" über den Nahen Osten. Die Kette des Verrats an der palästinensischen Revolution ist lang. Wer den Völkern Palästinas abspricht, daß sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, im bewaffneten Kampf, der steht nur in Worten auf der Seite dieser Völker.

***

Geschenk für die Kapitalisten

Um den "Handel und Wandel" mit den BRD-Kapitalisten noch reibungsloser zu machen, um letztere noch stärker für die Ausbeu-

...gen an. Auch in Westdeutschland und Westberlin wird in den Betrieben, Büros, Schulen und Universitäten dem heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes grosse Begeisterung entgegengebracht.

"Lernt vom Vietcong" schreiben die Bauern auf ihre Schilder, die sie bei Demonstrationen gegen die Ausplünderung durch Staat und Monopole tragen. "Sammelt doch für Waffen für die Vietnamesen" sagen Kollegen im Betrieb.

Vor allem die Arbeiterklasse weiß aus eigener Erfahrung, daß den schönen Worten und heuchlerischen Reden der Herrschenden nicht zu trauen ist. Ob Nixons "Friedens"reden im amerikanischen Fernsehen, ob Brandts leere Demagogie, ob die Versprechungen der Gewerkschaftsbonzen. Vietnam hat vielen die Augen geöffnet.

Wie jetzt kämpfen?!

Natürlich wird sich die SPD/FDP-Regierung niemals in die Einheitsfront der Länder gegen die Supermächte einreihen. Als imperialistische Großmacht steht die BRD klar hinter der Politik der Supermächte.

Mit geraubten Lohngeldern finanziert die Bundesregierung die Kriegskasse des US-Imperialismus durch "Devisen- und Lastenausgleichsabkommen." Milliarden sind ein großer Feind der Völker geworden. Im letzten Jahr verurteilten Dutzende Regierungen in Afrika, Nahost, Asien, und Lateinamerika die imperialistischen Machenschaften der BRD in und gegen ihre Länder. Die BRD schickte Söldner und Agenten nach Guinea, um die fortschrittliche Regierung Sekou Touré zu stürzen. Der BRD-Imperialismus finanziert und beteiligt sich am Rassistenprojekt Cabora Bassa in Afrika, sie unterstützt mit Geld und Waffen den portugiesischen Kolonialkrieg in Mozambique und Angola, die israelischen Aggressoren, die türkischen und griechischen Faschisten. Sie erpresst und bedroht die erdölreichen arabischen Länder.

Wo auch in der Welt sich die beiden Supermächte in die Haare kommen, taucht der BRD-Imperialismus auf, hält es mal mit dem einen, mal mit dem andern; wo die Supermächte die Welt aufteilen ist der BRD-Imperialismus zur Stelle. Um nichts anderes geht es zur Zeit bei der Ostpolitik, bei dem Vertrag von Moskau, beim Berlinabkommen und der sogenannten "Europäischen Sicherheitskonferenz". Alle diese Schachereien des Trios USA-BRD-SU bedroht auch die Souveränität und Sicherheit der kleineren Länder in Europa. Wie bei allen Komplotten von Imperialisten wird nur in Worten der "Frieden", aber in der Tat der Krieg vorbereitet.

Was heißt nun proletarischer Internationalismus für die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei, wie unterstützen wir entschlossen das vietnamesische Volk?

Unser Kampf kann nur ein Kampf gegen den Imperialismus sein! Unser Kampf kann nur ein Kampf gegen die Komplotte, Schachereien und Kriegspakte der Großmächte, einschließlich auch der BRD-Großmacht sein. Unsere Solidarität für das vietnamesische Volk kann nur dann erfolgreich und konsequent sein, wenn wir uns einreihen in den weltweiten Kampf der Völker gegen alle Imperialisten.

Sollen wir dulden, daß mit deutschem Geld und Waffen, die Völker unterdrückt werden? Sollen wir verschweigen, daß die sogenannte "Europäische Sicherheitskonferenz" nichts anderes bezwecken soll, daß die Supermächte ihre "Friedhofsruhe" in Europa errichten, um umso besser auf die

in Moskau als Friedensfürst empfangen wurde, führen die sowjetischen Zeitungen eine heftige Kampagne, um das Mißtrauen, die Kritik und den Widerstand des Sowjetvolkes zu unterdrücken. In der Prawda wurden "unsaubere Spekulationen" zurückgewiesen, die von einem "Komplott der Supermächte" sprechen. In der Nowoje Wremja heißt es ganz deutlich: "Wenn die Frage gestellt wird, was in der sowjetischen Außenpolitik die Hauptsache ist, der Kampf gegen den Imperialismus oder die Entwicklung der Beziehungen mit kapitalistischen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, dann

Hauptsache: Die imperialistische Politik der Zusammenarbeit und Rivalität — auch auf Kosten Vietnams!

Der Verrat ist beschlossen. Wer das verschweigt, wer nicht die aggressive Fratze des Sozialimperialismus entlarvt und die Völker der Welt und die Werktätigen im eigenen Land in Illusionen wiegt, der steht nicht in der internationalen Front des antiimperialistischen Kampfes, der kann das vietnamesische Volk nicht gegen die Aggression der USA verteidigen. Die KPD/ML betont, der Sozialimperialismus ist aggressiv, genau wie die USA.

"Die Sowjetunion von heute, steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers."

(Mao Tsetung, zitiert in PR, 17/70)

Der Einkreisungsring um das rote China durch die Sozialimperialisten ist noch nicht ganz geschlossen. Das befreite Vietnam wird keinerlei "Militärberater" und Einmischungsversuche mehr dulden.

Sieg übers Zirkelwesen

In diesen Tagen mußte das Zirkelwesen in Westdeutschland und Westberlin eine weitere Schlappe einstecken. Der in Kiel beheimatete Thälmannkampfbund unterstellte sich mehrheitlich der politischen Linie der Partei.

Die Genossen des ehemaligen Thälmannkampfbundes haben den einzig konsequenten Schritt getan, vor denen die revolutionären Kräfte anderer Organisationen ebenfalls noch stehen: Auflösung ihrer Zirkelorganisationen und Unterstützung der Partei der westdeutschen und westberliner Arbeiterklasse, der KPD/ML.

Daß durch einen konsequenten Kampf an der Basis die Positionen ihrer kleinbürgerlichen Zirkelhäuptlinge entlarvt werden konnten, **ist ein Zeichen für die Stärke des Marxismus-Leninismus in Westdeutschland. Es zeigt weiterhin, daß heute nicht das Zirkelwesen die Haupttendenz ist, wie die Zirkelhäuptlinge behaupten, sondern das Erstarken der KPD/ML.**

Im nächsten RM werden wir ausführlich auf den ideologischen Kampf zwischen revolutionärer und der kleinbürgerlichen Linie im ehemaligen Thälmannkampfbund eingehen.

Für die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML

tere noch stärker für die Ausbeutung der sowjetischen Arbeiter zu gewinnen, hat die sowjetische Außenhandelsbank den Umtausch des Rubel für die DM runtergesetzt. Dasselbe gilt für den französischen Franc. Die "Korrektur" beträgt zwar nur 0,2% und ist für den Touristen nicht der Rede Wert. Bei den üblichen großen Geschäften, bei den Bankkrediten von 1 Milliarde macht das bereits 2 Millionen Extraprofit für Abs und Co. aus. Außerdem zeigen diese Korrekturen glasklar, wie die bisher vom kapitalistischen Weltmarkt ziemlich unabhängige Sowjetwirtschaft voll und ganz den Gesetzen des kapitalistischen Weltmarkts, und damit den ständig sich wiederholenden Krisen unterworfen wird. Weil sich die neuen Zaren im Kreml an den Geschäften mit dem Westen mit Gewinn beteiligen wollen, sind sie bereit, den von der sowjetischen Arbeiterklasse und den Bauern geschaffenen Reichtum, den profitgierigen Monopolen in den Rachen zu werfen.

***

Blühender Schwarzmarkt

Immer mehr Spekulanten und Schieber versuchen sich an der kapitalistischen Volkswirtschaft der Sowjetunion zu bereichern. Worte einer jungen Verkäuferin im Einkaufszentrum von Baku: Alles wird unter dem Ladentisch verkauft und fällt in die Hände von Spekulanten, die es dann zu höheren Preisen wieder verkaufen. Und das passiere auch in anderen Branchen: Beispiel aus dem Eisenbahnwesen: Ein Schaffner eines Fernschnellzuges rief in jeder Station aus, dass die Plätze besetzt seien. Er besetzte dann die freien Plätze mit Personen ohne Fahrkarte, von denen er das Fahrgeld kassierte und noch zusätzliches Trinkgeld.

Die brennenden Fragen der Bewegung

Erklärung des Politbüros der KPD/ML:

Den Kampf des vietnamesischen Volkes entschlossen unterstützen!

"Der Kampf gegen den Imperialismus, wenn dieser Kampf nicht unzertrennlich mit dem Kampf gegen den Opportunismus verbunden ist, ist hohle Phrase oder ein Betrug."

Die erneuten verschärften Angriffe der US-Imperialisten auf die Völker Indochinas, vor allem die Verminung der Häfen und Wasserstraßen der demokratischen Republik Vietnam haben die Empörung der Volksmassen aller Länder gesteigert und zu machtvollen antiimperialistischen Protestaktionen in den meisten Ländern geführt.

Auch in Westdeutschland beteiligten sich in vielen Städten zehntausende fortschrittlicher Menschen an Protestdemonstrationen. An vorderster Front standen die Kommunisten und in einigen Städten konnte die KPD/ML diese Demonstrationen führen.

Die modernen Revisionisten der D'K'P versuchen seit langem auch die antiimperialistischen Aktionen der Massen abzuwiegeln, sie in pazifistisches Fahrwasser zu bringen. Und sie verbreiten unverschämte Lügen über die angeblich brüderliche Hilfe der sowjetischen Sozialimperialisten gegenüber dem vietnamesischen Volk. Die marxistisch-leninistische Bewegung ist in Westdeutschland noch relativ schwach, deshalb haben in einigen Städten die Revisionisten [illegible] lismus im allgemeinen zwar erkennen, sind wegen der sowjetischen Waffenlieferungen dann wieder verunsichert.

Das Wesen des sowjetischen Sozialimperialismus vollständig aufzudekken ist deshalb eine entscheidende Aufgabe für alle Kommunisten! Die SU ist heute kein Staat mit Tendenzen zu einer Restauration des Kapitalismus. Nein, der durch Chrustschows Machtergreifung eingeleitete Restaurationsprozeß hat die SU schon längst qualitativ in einen imperialistischen Staat verwandelt, der das Proletariat und die übrigen werktätigen Massen in der SU brutal ausbeutet und niederhält, der imperialistische Politik betreibt. Im Komplott mit der anderen Supermacht, dem US-Imperialismus, versucht er, die Welt aufzuteilen, und das Bollwerk der Weltrevolution, die Volksrepublik China zu zerstören.

Manche wollen ihre Weigerung, den modernen Revisionismus und den Sozialimperialismus konsequent zu entlarven, damit rechtfertigen, daß ja auch die Demokratische Republik Vietnam nicht in der Öffentlichkeit den sowjetischen Sozialimperia- Sie nützen den Widerspruch zwischen den imperialistischen Supermächten aus, und das ist korrekt. Sozialistische Länder können, um ein gemeinsames Vorgehen von mehreren imperialistischen Ländern gegen ihr Land zu verhindern, die Widersprüche zwischen imperialistischen Ländern ausnutzen.

Die Politik der KPdSU unter Gen. Stalin ist ein korrektes Beispiel dafür. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß zeitweilige außenpolitische Abkommen eines sozialistischen Landes mit einem imperialistischen Staat für die Kommunisten in imperialistischen Ländern bedeuten, daß sie Frieden mit diesem Imperialismus schließen. So haben selbstverständlich die Kommunisten in aller Welt nach dem zum Schutz vor einem unmittelbaren Angriff auf die SU abgeschlossenen Abkommen zwischen Hitlerdeutschland und der SU nicht ihren Kampf gegen den deutschen Faschismus aufgegeben und natürlich durften die Kommunisten, als die SU mit den Westalliierten die Antihitlerkoalition eingingen, nicht ihren Kampf gegen die Monopolbourgeoisie ihres Landes einstellen oder die imperialistische Politik dieser Länder verschweigen.

Das alles ist vollkommen klar.

Genauso klar ist es aber auch, daß wir den Kampf gegen den modernen Revisionismus nicht einstellen, wenn Vietnam zeitweise im Kampf gegen den USA-Imperialismus von den sowjetischen Sozialimperialisten unterstützt wird und deshalb die Machenschaften des SU-Sozialimperialismus nicht öffentlich anprangert.

Wer darauf verzichtet, das Komplott der beiden Supermächte aufzudekken, unterstützt die üblen Täuschungsmanöver der sowjetischen Sozialimperialisten und stellt den Sozialimperialismus als Unterstützer des vietnamesischen Volkes dar. Die Maske, die sich die Sozialimperialisten zur Täuschung der Völker der Welt umhängen, entreißen wir ihnen so nicht, sondern tarnen sie noch geschickter.

Sogenannte ML-Organisationen, die diese Politik betreiben, berufen sich zu Unrecht auf die vietnamesischen Genossen. In Wirklichkeit dienen sie den modernen Revisionisten und wollen den grundlegenden Trennungsstrich zwischen Marxismus-Leninismus und dem modernen Revisionismus verwischen. Dies wird klar wenn man sich ihre Ziele genauer anschaut. Z.B. fordert der Münchne[r] Zirkel ABG dazu auf, entweder DK[P] oder SPD zu wählen, oder der Tü[]binger KAB verbreitet die These, wi[r] müßten uns gegen den USA-Imperi[a]lismus auch mit dem Sozialimperia[]lismus verbünden. Diese Organisa[]tionen erfüllen eine Handlangerfunk[]tion für die modernen Revisioniste[n] und versuchen Verwirrung in di[e] ML-Bewegung zu tragen. Lassen wi[r] uns von solchen als Marxisten-Len[i]nisten getarnten Revisionisten nic[ht] verwirren. Stellen wir uns auf de[n] prinzipienfesten Standpunkt der i[n]ternationalen kommunistischen Be[]wegung:

> In einer gemeinsamen Erklärung hoben die albanischen und chinesischen Genossen 1966 hervor:
>
> "Es ist notwendig, den Marxisten-Leninisten aller Länder weiterhin bei ihrem Kampf gegen den modernen Revisionismus volle Unterstützung zu gewähren und dessen Ruf nach "Einstellung der fraktionellen Tätigkeit" niemals zu akzeptieren; es ist notwendig, politisch, ideologisch und organisatorisch zwischen uns und jenen eine klare Demarkationslinie zu ziehen und niemals zur Aktionseinheit mit ihnen zu schreiten."
>
> (Die albanische und chinesische Seite heben hervor, daß

Die KPD/ML unterstützt voll un[d] ganz diese korrekte Linie. Sie geh[t] deshalb mit den modernen Revisio[]nisten der DKP und SEW keine Ak[]tionseinheit ein.

Die modernen Revisionisten in Wes[t]deutschland und Westberlin, DK[P] und SEW, sind nicht nur Handlange[r] der Sozialimperialisten, sondern ve[r]suchen immer klarer ihre hauptsäch[]liche Aufgabe zu erfüllen, im Intere[s]se des Westdeutschen Imperialismu[s] die westdeutsche Arbeiterklasse vo[m] gewaltsamen Sturz des westdeu[t]schen Imperialismus abzuhalte[n]

die Führung bei Demonstrationen, oder sie können eigene "Friedensdemonstrationen" organisieren, getrennt von konsequenten Solidaritätsdemonstrationen für den Sieg im Volkskrieg.

Eine Reihe von Organisationen, die nicht der DKP angeschlossen sind, sondern sich in Worten auf den Marxismus, den Leninismus und die Maotsetungideen berufen, fordern einheitliche Demonstrationen mit den modernen Revisionisten. Sie versuchen den revolutionären Charakter der Protestaktionen zu verwischen und wollen mit allen Mitteln eine Entlarvung der modernen Revisionisten verhindern. Die Unterstützung der modernen Revisionisten durch solche Organisationen hat die Kommunisten in einigen Städten relativ isoliert. Es sind eventuell nur kleinere Demonstrationen möglich. Nun gibt es bestimmte Tendenzen, sich bei Demonstrationen den modernen Revisionisten anzuschließen bzw. mit ihnen Aktionseinheiten einzugehen: "Sie erlauben ja Propaganda für den Sieg im Volkskrieg und "nur" auf die Entlarvung des modernen Revisionismus und des Sozialimperialismus sollen wir verzichten." Gemeinsam demonstrieren unter solchen Bedingungen, ist das nun taktisches Vorgehen oder aber opportunistisches Anpassen an die revisionistische DKP? Kommunisten und alle revolutionären Kräfte müssen sich darüber unbedingt klar sein!

Von denen, die heute gegen den Vietnamkrieg demonstrieren, auch wenn sie bei den Revisionisten mitmarschieren, hat die Mehrheit keinen pazifistischen Standpunkt. Sie wollen gegen den USA-Imperialismus kämpfen und sie sind für die vietnamesische Revolution, für den Sieg im Volkskrieg.

Die Rolle des sowjetischen Sozialimperialismus aber ist vielen noch nicht völlig klar. Viele meinen, daß die SU den Kampf der Völker nur "nicht genügend" unterstützt. Sie wissen nicht, daß der SU-Imperialismus den Befreiungskampf der Völker eindeutig hintertreibt und sabotiert. Und einige, die den Verrat des Sozialimperialismus entlarvt. Ja, sie bekommt sogar Waffen von der SU.

Aber, warum liefert denn die SU Waffen an die Demokratische Republik Vietnam? Die SU will Vietnam in ihre Einflußzone eingliedern. Deshalb steht sie auch in einem gewissen Gegensatz zum US-Imperialismus, der für sich dasselbe will. Und würden sie keine Waffen liefern, dann müßten die Sozialimperialisten damit rechnen, daß entweder der US-Imperialismus sein Einflußgebiet ausdehnt oder, und das ist viel wahrscheinlicher, Vietnam befreit sich auch ohne sowjetische Waffen und bereitet dem US-Imperialismus eine vernichtende Niederlage. Damit wären dann die Pläne der Sozialimperialisten vollständig vereitelt, Vietnam in seine Einflußzone einzugliedern und damit einen weiteren militärischen Stützpunkt gegen die VR China aufzubauen. Und auch die Versuche der Sozialimperialisten, ihre imperialistischen Machenschaften unter dem Tarnmantel des antiimperialistischen Kampfes zu verbergen, wären dann noch mehr zum Scheitern verurteilt. **Nicht brüderliche Hilfe sind die Waffenlieferungen der SU, sondern Instrument ihrer imperialistischen Politik. Ständig haben die Sozialimperialisten versucht, mit diesen Lieferungen das vietnamesische Volk zu erpressen, es zu einer sogenannten politischen Lösung zu zwingen, um es um die Früchte seines Sieges zu bringen, vor dem das vietnamesische Volk nun nach jahrzehntelangem härtestem Kampf gegen den Imperialismus steht.** Und die Verminung haben die Führer der SU nicht etwa nur stillschweigend geduldet, sondern sie war sicher mit dem USA-Imperialismus abgesprochen. Ohne sich bloßzustellen, können jetzt die Sozialimperialisten die Waffenlieferungen drosseln. Mit dieser heimtückischen Absprache soll das vietnamesische Volk niedergehalten werden. Dieses Komplott der beiden Supermächte wird aber das kämpfende Volk Vietnams sicher vereiteln.

Wenn das so ist, warum aber entlarven dann die Vietnamesen nicht öffentlich die Machenschaften der SU-Imperialisten?

sich eine internationale Einheitsfront, die möglichst breit sein muß, gegen den US-Imperialismus bilden muß):

"Diese Einheitsfront muß auf der Grundlage der anti-imperialistischen revolutionären Einheit aller Völker der Welt gestellt werden .... darf unter keinen Umständen die Lakaien und Komplizen des USA-Imperialismus mit einschließen. Der moderne Revisionismus, dessen Mittelpunkt die Führungsgruppe der KPdSU ist, steht seit langem in einem Bündnis mit dem USA-Imperialismus, hat sich den Völkern der ganzen Welt entgegengestellt und sich von dieser internationalen Einheitsfront gegen die USA ausgeschlossen. Der Kampf gegen den Imperialismus mit den Vereinigten Staaten an der Spitze und seinen Lakaien, und der Kampf gegen den modernen Revisionismus mit der Führungsgruppe der KPdSU als seinem Mittelpunkt sind **zwei untrennbare Aufgaben.** Nur durch den entschlossenen Widerstand gegen den modernen Revisionismus mit der Führungsgruppe der KPdSU als seinem Mittelpunkt wird man dem Kampf gegen den USA-Imperialismus gewinnen."

Für diejenigen Organisationen, die sich an die D"K"P anbiedern und den sowjetischen Sozialimperialismus in Schutznehmen, trifft vollkommen Lenins Feststellung zu:

"Der Kampf gegen den Imperialismus, wenn dieser Kampf nicht unzertrennbar mit dem Kampf gegen den Opportunismus verbunden ist, ist hohle Phrase oder ein Betrug." Lenin

Alles für den Sieg des vietnamesischen Volkes!

Wir rufen alle Leser des ROTEN MORGEN auf: Organisiert den Kampf. Tretet unerbittlich gegen den Versuch der modernen Revisionisten und ihrer Nachbeter auf, die Massenbewegung gegen den Vietnamkrieg in falsche Bahnen zu lenken. Seid dort wo die Massen sind, klärt sie auf, setzt die richtigen Parolen, die richtigen Kampfformen durch. Entlarvt den Versuch der Revisionisten und Trotzkisten und ihrer Nachbeter, die Marxisten-Leninisten tödlich zu umarmen und ihre Reihen zu spalten. Kämpft für die Einheit der Marxisten-Leninisten im anti-imperialistischen Kampf!

Beharrt auf der Losung: Nieder mit dem USA-Imperialismus, dem Hauptfeind der Menschheit! Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus, dem Feind der Unabhängigkeit und Freiheit der Völker! Nieder mit dem Komplott der Supermächte gegen den Befreiungskampf der Völker! Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Tragt diese Losungen dorthin, wo die Massen sind, vor allem in die Arbeiterklasse. Tretet mutig und entschlossen auf, wo die Revisionisten und Trotzkisten versuchen, dem Kampf die entschlossene, revolutionäre Spitze zu nehmen. Keine Aktionseinheit mit den Agenten der Bourgeoisie und des Sozialimperialismus, mit DKP/SEW, mit den Verrätern an der Arbeiterklasse.

schen Imperialismus abzuhalten.

Bei den revisionistischen Führern der DKP handelt es sich nicht um "Genossen, die den Kampf nicht entschlossen genug führen", sondern um Agenten der Imperialisten, die das Ziel haben, die Arbeiterklasse von ihrer Befreiung abzuhalten. Sie nicht zu gewinnende Bündnispartner.

Aktionseinheiten, die mit den modernen Revisionisten geschlossen werden, verstärken gerade die Illusionen vieler fortschrittlicher Arbeiter, daß die modernen Revisionisten trotz einiger Fehler auf unserer Seite der Barrikaden stehen. Jede Aktion aber, die diese Illusionen nicht zerstört, sondern verstärkt, trägt dazu bei, die Feinde in den Reihen der Arbeiterklasse besser zu tarnen, macht sie dadurch noch gefährlicher für die Arbeiterbewegung und untergräbt somit den Kampf für den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Immer tiefer in den Sumpf

gerät das Zentralbüro der Gruppe 'Rote Fahne' (Bochum)

Als im April das Gerangel der Schauspieler im Bundestag um Regierungssitze und Ostverträge immer wilder wurde, gingen über 100000 Arbeiter und Werktätige auf die Straße und beteiligten sich an verschiedenen Aktionen. Diese Aktionen, schrieb der ROTE MORGEN dazu, zeigen, daß die Arbeiter "von dem Willen getrieben wurden, gegen Großmachts- und Revanchepolitik, Militarisierung und gegen die Faschisierung des Staates, für Frieden und Demokratie zu kämpfen". (RM Nr. 10).

Der ROTE MORGEN hat auch keinen Zweifel gelassen, daß es der Bourgeoisie und ihrer gefährlich-

Fortsetzung S. 7

Vorwärts mit der KPD/Marxisten-Leninisten



Täglich werden neue Massenentlassungen gemeldet. Alle schönen Reden vom "neuen Aufschwung" der kapitalistischen Bankrottwirtschaft werden zerfetzt. Umsonst versuchen die DGB-Bonzen uns weiszumachen, in dieser Ausbeuterordnung könne jemals "der Mensch im Mittelpunkt" stehen. Die Rausschmisse fortschrittlicher Kollegen aus Betrieben und der Gewerkschaft zeigen am besten, was die gekauften Verräter darunter verstehen.

Umsonst werden auch die Arbeitertäuscher von der DKP vorgeschoben. Ihre abgedroschenen Parolen von "Mitbestimmung" und "Verstaatlichung der Schlüsselindustrien" haben einen zu langen Bart, als daß sie noch groß ankommen könnten.

Was bleibt der Bourgeoisie noch übrig, wenn ihre Handlanger versagen? Dann bleiben nur noch Hetze und Terror, Bürgerkriegsvorbereitungen und Notstandsdiktatur übrig, wie sie jetzt die Gesetze zur "inneren Sicherheit" ankündigen.

Die revolutionäre Entwicklung ist keine gerade Linie; sie ist sprunghaft. Morgen bereits können die Arbeitermassen zu gewaltigen Kämpfen aufbrechen. Wer hat in Frankreich im Januar 1968 denn geglaubt, daß im Mai bereits hunderttausende Arbeiterfäuste den faulenden Thron der Geldsäcke schon zum gefährlichen Schwanken bringen könnten? Die KPD/ML weiß, was für gewaltige Aufgaben rasch auf sie zukommen können. Da heißt es jetzt schon, sich Klarheit zu verschaffen, wie geht der Weg konsequent und schnell zur revolutionären Befreiung. Welches Programm braucht die deutsche Arbeiterklasse, um ihren hundertjährigen Kampf jetzt endgültig zum Ende zu führen. Die KPD/ML arbeitet an diesem Programm. Nicht an den Schreibtischen, sondern mitten im Kampf der Massen. Nicht ein Programm für Studierstuben-Strategen, sondern ein Programm für die Massen wird gebraucht!

Die KPD/ML ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten auf, im Rahmen der Kampagne: Es lebe der Kommunismus! sich verstärkt an die Massen zu wenden, die Wahrheit zu propagieren, daß der moderne Revisionismus zum Untergang verurteilt ist, aber der Kommunismus lebt und siegen wird. Die Genossen sollen sich an alle unterdrückten Klassen und Schichten wenden, ihre Meinungen sorgfältig erfragen, ihre Fragen völlig ernst nehmen und gemeinsam mit der Partei gewissenhaft und verantwortungsbewußt die Antwort der KPD/ML geben.

Auffällig ist zunächst, daß das ZB vollständig die entscheidende Rolle der modernen Revisionisten bei diesen Aktionen leugnet. Noch kann die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse täuschen. Sie ist die entscheidende Kraft, die die Arbeiterklasse durch ihre Manöver und Phrasen am Massenkampf gegen den Bonner Staat und seine Kriegspläne hindert; ihre Wasserträger sind die D'K'P Führer. Aus den Berichten in der 'Roten Fahne' ergibt sich das genaue Gegenteil. So heißt es z.B. im Bericht aus Gelsenkirchen, daß D'K'P-Hartung erklärte, einer der wesentlichen Organisatoren des Demonstrationszuges zu sein. Aus den Berichten ergibt sich außerdem, daß es die Führer der SPD waren, die gemäß der Weisung ihres Vorsitzenden Brandt, überall versuchten die Aktionen möglichst schnell zu beenden. Sie hatten auch bei diesen Streiks Angst davor, daß fortschrittliche und revolutionäre Kollegen, daß die KPD/ML diese Streiks auf den Weg des Kampfes gegen das Parlament, gegen den ganzen bürgerlichen Staat führen.

Es waren aber die Führer der D'K'P, die in die Bresche sprangen, um den Friedenswillen und die Kampfbereitschaft der Arbeiter auszunutzen und für eine breite Mobilisierung in ihrem Sinne zu agitieren. Gut zeigt das der Bericht aus Flensburg. Als ein anderes Beispiel mag Dortmund dienen. Nachdem die D'K'P lange Zeit auf eine eigenständige Propaganda verzichtet hatte, trat sie in dem Moment auf, als sich die Lage verschärfte. In schneller Folge erschienen bei Hoesch, auf der Zeche Minister Stein und in den Arbeitervierteln Extrablätter der Gruppe Rote Fahne antwortete darauf, daß beim Besuch Brandts sich 50000 vor dem Rathaus versammelten. Er vergaß den Unterschied: Wo wurden die roten Fahnen getragen, wo wurden die Bilder Lenins und Ernst Thälmanns getragen?!!

Wenn die DKP bei ihrer Zulassung durch den Verfassungsschutz 1967 den Auftrag erhalten hat, die Spitze der revolutionären Bewegung abzubrechen, und wenn das ZB die DKP/SEW zum "Nebenfeind" erklärt, heißt das dann nicht, daß das ZB die revolutionäre Arbeiterbewegung verrät?

Heißt das nicht — Genossen der Gruppe Rote Fahne — daß dieser "Nebenfeind" leichtes Spiel hat, seine Ideologie in eure Reihen zu tragen, wenn er als "Wasserträger der SPD" abgetan wird?

Wie das **ZB zum Wasserträger der DKP/SEW** wird, zeigt sich bei den Aktionen der Arbeiter am 25. April. Die DKP-Führer agitierten die Arbeiter zum Kampf gegen "das Rechtskartell", das "die Machtübernahme" vorbereite. Sie hatten dabei relativen Erfolg. Aus dem Bericht aus Bottrop geht hervor, daß die Kollegen in den Betrieben außerordentlich gegen Strauß und Barzel aufgebracht waren. Einige meinten, man müsste sie 'aufknüpfen'. Aber daß ein hinterhältiger Demagoge wie Brandt das gleiche Schicksal verdient, da er Revanchepolitik und Notstandsdiktatur, Kriegsrüstung und Lohnraubgesetze ganz entscheidend vorantreibt, das haben viele Kollegen nicht gesehen. Es ist in erster Linie das Verdienst des modernen Revisionismus — und nicht der SPD-Regierung — daß so den Streiks und Demonstrationen die revolutionäre Stoßrichtung genommen werden konnte. Es sind die 400 Betriebsgruppen der DKP/SEW, es ist der



Ein wichtiges Instrument haben die Parteigenossen in der Sondernummer des ROTEN MORGEN. Heute schon erreichen uns von überall in Westdeutschland und Westberlin Berichte über die erfolgreiche Anwendung dieser Waffe, bei den Anstrengungen, die gemacht werden, um den Massen im Kampf zu beantworten: WAS WILL DIE KPD/ML?

Wir rufen jeden einzelnen Genossen auf:

Versetzt dem Revisionismus einen mächtigen Schlag!

Tragt die kommunistische Idee in den Kampf der Massen!

Propagiert und diskutiert die Sondernummer des ROTEN MORGEN!

LESERBRIEF

Genossen!

Am 10. 6. 72 war in Rüsselsheim am Main eine Vietnam-Demonstration mit der Gruppe Rote Fahne Bochum (GRF), der PCE/ML (spanische Bruderpartei), FRAP, RJ/ML und anderen ausländischen kommunistischen Gruppen. Die Demonstration verlief ruhig, bis sie zum Ausländerwohnheim von Opel gelangte. Dort versuchten unsere spanischen Genossen, die dort stehenden Spanier und andere Ausländer zum Mitlaufen aufzufordern. Mehrere spanische Genossen stürmten in den Eingang des Wohnheims. Dort warteten mehrere Polizisten und Opel-Spitzel, die sofort eine Schlägerei anfingen. Dabei wurden mehrere spanische Genossen verletzt. Außerdem wurde ein spanischer und zwei deutsche Arbeiter festgenommen.

Anstatt daß nun die Gruppe Rote Fahne (Bochum) über ihren mitgeführten Lautsprecherwagen dazu aufforderte, die drei Genossen freizulassen (zu dem Zeitpunkt standen am Eingang nur ca. 6 Bullen!) brüllten seine Megaphone: "Genossen, geht weiter, laßt euch nur nicht provozieren!" Diese Leute meinten, es sei ja nicht so schlimm für einen Spanier, in ein deutsches Gefängnis zu kommen. Daß aber womöglich der spanische Genosse seine Arbeit und seine Aufenthaltsgenehmigung verlieren würde, war den Herren der GRF wohl unbekannt. Die spanischen Genossen waren so empört über diese Machenschaften, daß sie zum Lautsprecherwagen liefen, um ihnen das Mikrophon wegzunehmen und sie fragten, ob das wohl Solidarität sei. Nach längerer Auseinandersetzung der deutschen und spanischen Arbeiter mit den GRF-Führern, mußten diese klein beigeben und über Lautsprecher bekanntgeben, daß solange gewartet würde, bis man näheres über die gefangenen Genossen wüßte. Zwei Genossen, die ins Krankenhaus (!) geschickt wurden, berichteten, daß der spanische Kollege sowohl schon vor dem Wohnheimeingang als auch hinterher auf der Polizeiwache brutal verprügelt und getreten wurde. Er liege nun mit einer Rückgrat- und Kopfverletzung bis zu seinem Prozeß im Krankenhaus. Sein zerfetztes, blutiges Hemd, das herumgezeigt wurde, rief überall größte Empörung hervor.

Nach diesem Vorfall schlossen sich noch eine große Anzahl ausländischer Arbeiter, trotz der Drohungen der Polizei, der Demonstration an.

Kämpferische Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern auch ohne die Führer der Gruppe Rote Fahne! Es gibt nur eine KPD/ML!

Immer tiefer in den Sumpf...

Fortsetzung von S. 6

sten Agentur in der Arbeiterbewegung, den modernen Revisionisten, gelungen war, große Teile des Volkes über den wahren Charakter der Ostverträge und der SPD zu täuschen. **Gerade weil in diesen Streiks und Demonstrationen die Trennungslinie zwischen Bourgeoisie und Proletariat weitgehend verwischt war, mußte die KPD/ML jetzt volles Feuer auf die Machenschaften der Verräter am Kommunismus richten. Die Illusionen, über die friedliche Entwicklung des Imperialismus und des Klassenkampfes, den die Revisionisten in langen Jahrzehnten und auch jetzt wieder in die Arbeiterklasse trugen, müssen in beharrlicher geduldiger, aber auch standfester Überzeugungsarbeit beseitigt werden.**

Das ZB (Zentralbüro) der Gruppe Rote Fahne (Bochum) nimmt in der "Roten Fahne" 10/72 ausführlich zu den Streiks und Demonstrationen Stellung. Die 4 Berichte aus verschiedenen Städten und Betrieben und der Kommentar des ZB bieten ein reichhaltiges Material und enthüllen vollständig, wie das ZB immer offener auf den Weg des modernen Revisionismus ableitet.

der Betriebs- und Stadtteilzeitungen der DKP. In ihnen wird gefordert: "Verhindert den Sturz der Regierung Brandt-Scheel!" Es wird zum Kampf gegen Strauß und Barzel, gegen das "Rechtskartell" aufgerufen. Die Führer der SPD und FDP werden kritisiert, weil sie auf die 'Mobilisierung der Betriebe' verzichtet hätten. Diese Beispiele könnte man beliebig fortsetzen. Sie zeigen deutlich, **die Führer der D'K'P treten dann auf den Plan, wenn die Aktionen eine entschiedene Wendung gegen das Ausbeuterregime- gegen den ganzen Bonner Staatsapparat nehmen. Sie nehmen an den Aktionen der Arbeiterbewegung teil, um ihr abwieglerisches Gift in ihre Reihen zu tragen und die Aktion im entscheidenden Moment abzuwürgen.** Diese Tatsache sieht das ZB nicht. Daher kann sie der Arbeiterbewegung auch nicht die revolutionäre Perspektive zeigen.

Das ZB weist ständig auf 'die Massen', die noch 'irgendwie' die SPD für eine Arbeiterpartei halten. Tatsächlich aber weist das ZB auf den noch rückständigsten Teil der Massen und richtet seine Politik danach aus, eine Politik, die nur opportunistische Nachtrabpolitik sein kann. Das ZB leugnet, daß heutzutage zwar viele Kollegen allerdings noch fälscherweise die SPD für ein 'kleineres Übel' als die CDU/CSU halten, daß sie aber nicht die SPD als Partei der Arbeiterklasse, als revolutionäre Partei anerkennen. Das ZB will nicht sehen, daß die modernen Revisionisten es sind, die heutzutage mit ihrer rosaroten Flagge die Arbeiterbewegung irreführen müssen und auch nur noch können.

Auf einer Veranstaltung der KPD/ML in Westberlin wies ein Parteiredner darauf hin, daß an diesem 1. Mai bereits 40000 Menschen den Arbeiterverrätern der SEW in Berlin gefolgt sind. Ein Redner Verrat von 'Kommunisten' wie Ulbricht und Reimann am Kampf der kommunistischen- und Arbeiterbewegung in Deutschland, die die Kollegen dazu führen, nicht mehr den einzigen, den **revolutionären** Ausweg zu sehen. Aber das ZB leugnet nicht nur die Gefährlichkeit dieses Einflusses des modernen Revisionismus. Das ZB geht einen Schritt weiter. Ohne wirklich auf die falsche Orientierung der meisten Streiks und Aktionen einzugehen, zeigt das ZB **nur** auf den Friedenswillen des Volkes, der hinter diesen Aktionen stand.

In Flensburg agitierte unter anderem der Jugendvertreter Deneke am 25. April für einen Marsch in die Stadt. Er wird in der Roten Fahne ausdrücklich als "Kollege" in Anführungsstrichen, als gekaufter Verräter also bezeichnet. Es ist klar: Deneke hat Propaganda für die Ostverträge und die Brand-Scheel-Regierung betrieben. Das ZB findet kein Wort Kritik, es tritt diesem Verräter nicht entgegen. Im Gegenteil bringt die RF zum Ausdruck, daß die Streiks und Demonstrationen, so wie sie geführt wurden, richtig waren. Die falsche Orientierung der Demonstrationen wird als Schönheitsfehler abgetan. Damit hat sich das ZB auf die Seite der modernen Revisionisten gestellt, es hat sogar die Linie des Kampfes gegen das Rechtskartell ausgegeben. Diese Haltung hat in der Arbeiterklasse und gerade bei den fortschrittlichen Kollegen Verwirrung gestiftet. Es sei hier die Stimme eines Kumpels von Hardenberg in Dortmund angeführt. Er fragte die Genossen der Gruppe Rote Fahne (Bochum): "Ihr wart immer gegen Brandt und jetzt seid ihr plötzlich dafür. Was sollen wir denn tun?"

Das ist eine klare Antwort auf die Politik des Zentralbüros!

Die Honnecker-Clique lügt!

Revanche, Rückeroberung der DDR, — das war die Parole der westdeutschen Imperialisten nach 45, das ist sie bis heute geblieben.

In seinem "Bericht zur Lage der Nation" sprach Brandt das Ziel der 'neuen Ostpolitik' klar aus: "... daß die 60 Millionen und die 17 Millionen, daß das eine und das andere Wirtschaftspotential, **von den Armeen nicht zu sprechen,** zusammenkommen."Deutsche Großmachtspolitik hat schon zweimal zum Weltkrieg geführt. Die Völker und das deutsche Volk selbst sind daher mißtrauisch geworden. Das ist der Grund, warum die alte Revanchepolitik ein 'neues' "friedliches" Mäntelchen umgehängt bekommt, das ist der Grund für die ganze "Friedensdemagogie".

Die Taktik der Revanche

Auf dem Weg zu 'Großdeutschland' gilt nach wie vor als erster Schritt die Einverleibung der DDR. Als zweiter Schritt soll dieses imperialistisch 'wiedervereinigte' Deutschland "in die europäische Gemeinschaft integriert" werden, wie es im Deutschlandvertrag von 1954 heißt, der auch nach dem Abschluß des Moskauer Vertrages noch gilt. Schließlich, wenn dieses "Wirtschaftspotential, von den Armeen nicht zu sprechen, zusammengekommen" ist (Brandt) und die absolute Vorherrschaft in Westeuropa errichtet ist, wird Anspruch auf die nächsten "Interessensphären" gefordert werden, vor allem Polen und die CSSR.

Um den ersten Schritt zu erreichen, gilt immer noch die alte Taktik: Nichtanerkennung der staatlichen Souveränität der DDR. Alleinvertretungsanspruch, Isolierung der DDR von anderen Staaten. Die herrschenden revisionistischen Cliquen in Polen, Ungarn und der CSSR nehmen jetzt diplomatische Beziehungen zu Bonn auf. Bonn hilft nach mit Krediten und Warenlieferungen, mit Versprechungen und Drohungen. Hauptsache die DDR wird isoliert. Hauptsache niemand schert sich darum, wenn der BRD-Revanchismus seinen Großmachtsplänen nachgeht.

Das "Sozialistische Bruderland" der DDR

Als "Großmacht in Europa" wurde jetzt Bonn vor allem von den Zaren im Kreml aufgewertet und anerkannt, die mit dem BRD-Imperialismus ins Geschäft kommen wollen. Für diesen Pakt Bonn-Moskau ist Breshnew auch bereit, die DDR weitgehend zu opfern. W. Mischnik, Staatssekretär in Bonn offenbart:

"Sie sagen immer, 'Unverletzlichkeit' bedeute, daß die Grenzen nicht verändert werden können, genau das ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß die sondern von "Unverletzlichkeit" aller Grenzen die Rede."

So steht es also mit der "Souveränität" der DDR! Die DDR liegt direkt an der Grenze zu BRD, aber über die Grenzen in Europa verhandeln Bonn und Moskau. Die DDR wird seit 1949 nicht als souveräner Staat anerkannt, von der BRD durch den "Alleinvertretungsanspruch" international isoliert, (wie jetzt auf der Stockholmer Umweltkonferenz), aber die "sozialistischen Bruderlän-gen, daß die 'neue Ostpolitik' — ob von CDU oder SPD — nichts anderes ist, als die alte Revanchepolitik in neuer Verpackung. Prompt wurde auch Ulbricht in Krankheit geschickt, als Moskau endgültig mit Bonn ins Geschäft kommen wollte. Ein Besuch Breshnews in Ostberlin genügt.

Als die Kremlzaren mit den Botschaftern der 3 Westmächte das Berlinabkommen im September 71 ausgeheckt hatten, da wurde der Vertragstext in den Zeitungen der DDR erst einmal garnicht veröffentlicht: "Das sind Grimms Märchen" wurde zu den Berichten der Hetzsender in Westberlin gesagt. Als sie schließlich doch der Bevölkerung der DDR gegenüber Farbe bekennen mußten, log die Honneckerclique das Blaue vom Himmel herunter: "Erstmals wird die staatliche Souveränität der DDR von den Westmächten anerkannt."

Aber wo wurde die "souveräne DDR" nur einmal gefragt, als es um die Verschacherung der 'Frontstadt Westberlin' an die Bonner Revanchisten ging?

Nach wie vor steht im Artikel 26 des Bonner Grundgesetzes: ..."Großberlin hat das Recht bis zum Eintritt des Landes in die BRD 8 Abgeordnete mit beratender Funktion in den Bundestag zu entsenden."

Daß der Ostteil Berlins Hauptstadt der DDR ist, interessiert heute auch die Kremlzaren nicht. "Die Regierung der UdSSR" spricht im Berlinabkommen von den "Westsektoren Berlins **und den Gebieten (!)**, die an diese Sektoren grenzen, sowie diejenige Gebiete der DDR, die nicht an diese Sektoren grenzen...." Das heißt nichts anderes, als daß die Hauptstadt der DDR, schließlich auch die

So wird die DDR zwischen den Großmächten verschachert, so wird si langsam von Bonn sturmreif geschossen — aber die Honneckercliqu rührt sich nicht. Sie belügt das Volk. Sie ist bereit aus lauter Angst vo dem sowjetischen Militärstiefel im Land den Revancheplänen Bonn durch Kapitulation Vorschub zu leisten. Eine solche Regierung abe kann niemals die Regierung der Arbeiter und Bauern der DDR sein Sie ist die Regierung der neuen Ausbeuterclique!

"KPD" — wieder einmal — entlarvt!

Der Studentenzirkel "KPD"(Bescheidenheit war noch nie die Stärke seiner Führer) hat eine 'neue' Abgrenzung zur KPD/ML gefunden, um ihre Spaltertätigkeit zu rechtfertigen. Nachdem sie die Revancheabsichten der BRD-Imperialisten als "revisionistische" Erfindung der KPD/ML abgetan hat, meinte sie nun in der "Roten Fahne" Nr. 41, die KPD/ML mache sich "die Sorgen der neuen Bourgeoisie der DDR zu eigen", wenn sie die **sofortige und bedingungslose völkerrechtliche Anerkennung der DDR** fordere.

Die Revisionisten der SED und DKP /SEW haben diese Forderung i Wirklichkeit schon längst fallen ge lassen. Wer wie die "KPD"-Opportu nisten meint, die westdeutschen Ar beiter sollten es den "Sorgen de DDR-Bourgeoisie" überlassen, de BRD-Revanchismus zu bekämpfen der sitzt allerdings genau auf der Sei te der Revisionisten.

Wenn die Klassenkämpfe härter wer den, zeigt sich eben, wer wo steht Die KPD/ML stand auch in diese Frage von Anfang an auf der Seit des Marxismus-Leninismus.

Verfassung eine konstruktive Politik" machen und fordern einen "besseren" Verfassungsschutz. Das ist der Standpunkt des Reformismus, der Standpunkt des Paktierens mit der Kapitalistenklasse.

Indem sie reformistische Illusionen in der Arbeiterklasse züchten, indem sie darüber hinwegzutäuschen versuchen, daß es nicht irgend ein "Rechtskartell", sondern die SPD/FDP-Koalition ist, die heute als Sachwalter der Monopolbourgeoisie die Weichen zur Notstandsdiktatur stellt, erweisen sich die modernen Revisionisten als Geburtshelfer des Notstandsstaates, als Wegbereiter des Faschismus. Nicht umsonst hat di Monopolbourgeoisie die Gründun der D"K"P unterstützt, nicht ohn politische Berechnung stellte No standsminister Genscher auf d Pressekonferenz zum Jahresberic des Verfassungsschutzes am 6. Ju die D"K"P als starke Kraft d "Linksradikalismus" groß herau **Die Herren in Bonn wissen: wenn di Klassenwidersprüche sich weiter z spitzen, dann wird der Einfluß ein Paktiererpartei auf breite Teile d Proletariats zu einer Lebensnotwe digkeit für das monopolkapitalist sche Regime, die DKP bietet sich d für an.**

Dem Klassenfeind die Faust ins Gesicht!

Die Arbeiterklasse wird den Agenten der Ausbeuterklasse in ihren Reihen, den Führern von D"K"P und SEW eine gesalzene Abfuhr erteilen. Sind die 4000 Kollegen von Rheinstahl-Hanomag mit roten Fahnen auf die

ausgelöst wurden, zeigen trotz ihr falschen Stoßrichtung, trotz der I lusionen bei vielen Kollegen über d Politik der Brandt-Regierung, da breite Teile des Proletariats die No wendigkeit des politischen Kampf

Sowjetunion solche Forderungen und eine Reihe anderer früher aufgestellt hat, daß aber ihre Forderungen gerade durch diesen Vertrag ("Moskauer Vertrag"-RM) vom Tisch sind.... Dazu zählen unter anderem die bedingungslose Anerkennung der DDR, die Festlegung — so hatte sie gefordert — der Unveränderbarkeit aller Grenzen und die Definition Westberlins als besondere politische Einheit.... Alle diese ursprünglichen Forderungen der Sowjetunion sind in den Verhandlungen von Bahr und Scheel vom Tisch gebracht worden und im Vertrag ist eben nicht von "Unveränderlichkeit"

der" der DDR nehmen munter diplomatische Beziehungen zu Bonn auf. Westberlin, das mitten in der DDR liegt, wird zwischen den "Vier Mächten" verhandelt, ohne auch nur mit einem Wort die DDR zu erwähnen.

Pankow belügt das Volk

Diese wahnwitzigen Schachereien der Imperialisten in Europa werden von der Honnecker-Clique noch als "Friedenspolitik" dem Volk untergejubelt, die angeblich auch der DDR nütze! Noch 1967 wagte es sogar noch der alte Arbeiterverräter Ulbricht auf seiner Neujahrsansprache zu sa-

Souveränität der DDR nicht anerkannt wird. Weiterhin kann Moskau sein Besatzungs"recht" über die DDR als "Viermächteverantwortung" ausüben.

Genau das liegt aber auch im Sinne der westlichen Imperialisten. Der Kreml soll seine Lakaien in der DDR schön brav an der Stange halten, wenn sich der BRD-Imperialismus jetzt langsam an die Einverleibung der DDR macht. Im Berlinabkommen wird genauso die **Sowjetunion** verpflichtet, für 'Ruhe und Ordnung' auf den Autobahnen **der DDR** nach Westberlin zu sorgen.

Straße gegangen, weil sie eine "konstruktive Politik auf dem Boden der Verfassung" wollen? Bestimmt nicht. Sie haben die Brocken hingeschmissen und die rote Fahne der Arbeiterbewegung erhoben, weil sie immer klarer erkennen: Dem profitgierigen Ausbeuterpack, das mit Lohnraub, Inflation und der Rationalisierungspeitsche die Existenz des Arbeiters bedroht, muß der unversöhnliche Kampf angesagt werden. Schon haben die werktätigen Massen begonnen, solche Fesseln, wie "konzertierte Aktion" und Lohnleitlinien zu zerfetzen. Immer weniger gelingt es den Kapitalisten, die Kämpfe in den Betrieben durch ihr reaktionäres Betriebsverfassungsgesetz und mit Hilfe ihrer Handlanger in DGB und D"K"P unter Kontrolle zu halten und abzuwiegeln. Mit Grausen denken die Ausbeuter und ihre Handlanger schon heute an die Tarifrunde in der Metallindustrie, die am Jahresende ansteht. Die Erfolge, die klassenkämpferische und kommunistische Kollegen teilweise auf oppositionellen Listen, teilsweise aber auch auf IGM-Listen erreichen konnten, sind ein Sturmzeichen. Aber auch die politischen Streiks und Demonstrationen von über 100000 Kollegen Ende April dieses Jahres, die durch die Rangelei im Parlament zwischen Regierungskoalition und CDU/CSU

erkannt haben.
Die Arbeiterklasse wird auch di Notstandsvorbereitungen durch di SPD/FDP-Regierung nicht läng dulden. Keine "innere Sicherheit für die Ausbeuterklasse! Unsere Au gabe als bewußter und organisierte Vortrupp des Proletariats ist es, di Massen zum Kampf gegen die Vo bereitung der Notstandsdiktatur z mobilisieren und diesen Kampf a den Kampf gegen die Wurzel der fa schistischen Gefahr auszurichte auf den Kampf gegen das monopo kapitalistische System und für die so zialistische Revolution. Mit diese Ziel vor Augen die Massen in de Kampf geführt!

Gegen Notstandsübun gen, Polizeiterror un antikommunistische Hetze!

Weg mit den Notstands gesetzen!

Gegen die Vorbereitun der Notstandsdiktatu — die geschlossen Kampffront der Arbe terklasse!

Fortsetzung von S. 2

Kräfte zu verstärken." Welchen Anlaß haben die modernen Revisionisten, derart die Tatsachen zu verdrehen? **Sie wollen die Massen einschüchtern, wollen sie vom Kampf abhalten und wollen verhindern, daß die Massen die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution erkennen.** So heißt es in der gleichen "UZ" auf der gleichen Seite: "Gewalt paßt ins Konzept der Rechten". Von der Tatsache dagegen, daß die Arbeiterklasse nur durch den bewaffneten revolutionären Kampf zum Sozialismus gelangen kann, stand noch nie ein Wort in der "UZ". Lenin schrieb in seinem Werk 'Staat und Revolution' auf Seite 24: "Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in **diesen**, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der **gesamten** Lehre von Marx und Engels zugrunde" und er ergänzte, daß der Verrat der Opportunisten besonders plastisch darin zum Ausdruck komme, "daß man ... **diese** Propaganda, diese Agitation vergessen hat". Die D"K"P/SEW-Führer haben diese Propaganda und diese Agitation nicht nur vergessen — sie hintertreiben sie ganz bewußt!

Noch deutlicher zeigt sich der ganze abscheuliche Verrat der D"K"P-Häuptlinge an ihren Äußerungen zum "Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz", den Genscher am 6. Juni dem Bundestag vorlegte. In einer Erklärung des D"K"P-Präsidiumsmitgliedes Hermann Gautier, die in der "UZ" Nr. 25 vom 16. Juni abgedruckt ist, heißt es: "Mit seinen verleumderischen Angriffen auf die konstruktive Politik der DKP, mit der verlogenen Behauptung, die DKP verfolge verfassungsfeindliche Ziele, artikuliert Bundesinnenminister Genscher die Angst der Steinreichen Minderheit vor den berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten." Diesen Revisionistenhäuptlingen soll es mal einer recht machen! Genscher bemüht sich verzweifelt darum, die zahme D"K"P auf der Propagandatribüne des Bundestages zu einer radikalen, für den Ausbeuterstaat gefährlichen Partei hochzujubeln, um sie für die revolutionären Arbeiter attraktiv zu machen. Die so Geförderten jedoch wissen nichts besseres, als sich über Verleumdungen zu beklagen. "Konstruktive Politik auf dem Boden der Verfassung" — so offen geben die Arbeiterverräter in der D"K"P ihren reformistischen Betrug bereits zu. Aber es kommt noch schlimmer. In der gleichen Nummer der "UZ" lesen wir zum gleichen Thema: "Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für einen wirklichen Verfassungsschutz, die wachsende Rolle der CDU/CSU als Sammelbecken aller ultrareaktionären Rechtskräfte aufzuzeigen und deren Zusammenspiel mit der Rüstungsindustrie bloßzulegen." Einen "besseren", einen "wirklichen" Verfassungsschutz fordern sie also. Dieses Verräterpack! Und diese Leute besitzen auch noch die Unverschämtheit, sich auf Marx, Engels und Lenin zu berufen. Aber die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben gerade jene Opportunisten schonungslos als Verräter entlarvt, die in der Arbeiterklasse Illusionen über den bürgerlichen Staat züchteten.

Der gesamte bürgerliche Staatsapparat ist eine Maschine, die eigens zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes geschaffen wurde. Will die Arbeiterklasse das Joch der kapitalistischen Ausbeutung abschütteln, will sie die Herschaft der Bourgeoisie brechen, so muß sie Revolution machen, muß sie den bürgerlichen Staat samt Verfassungsschutz in Trümmer schlagen, ihre eigenen Staatsorgane schaffen und über die alten Ausbeuter ihre proletarische Diktatur ausüben.

Das ist der revolutionäre Standpunkt des Marxismus-Leninismus. Die D"K"P-Häuptlinge dagegen erklären, sie wollen "auf dem Boden der

---

POLIZEI MORDETE

Wie der Rote Morgen vom 8. August 1971 in dem Artikel 'Polizei or ganisiert Straßenschlacht' berichtete, wurde Petra Schelm, angebli ches Mitglied der Baader-Meinhoff-Gruppe, im Zuge einer großange legten Hetzjagd gegen 'kriminelle Staatsfeinde' hinterrücks vor einem Polizisten erschossen. In dem Prozeß gegen Werner Hoppe den Begleiter von Petra Schelm, bestätigte der einzige Zeuge diese Tatsache. Jetzt ist die Bourgeoisie gezwungen, zu einem anderer Lügenmärchen zu greifen, um die Klassenjustiz und den schießwütigen Polizisten reinzuwaschen.

Doch die Wahrheit, daß unsere 'unabhängige Justiz' ein Instrument in den Händen der Bourgeoisie ist, um ihre Klassenherrschaf aufrecht zu erhalten, läßt sich nicht hinter Kerkermauern verbergen